www.muenzenmaiers-magazin.de

MÜNZENMAIERS MAGAZIN

UNZENSIERTE NACHRICHTEN AUS ERSTER HAND!

AUSGABE 01/2022

KRIEGSBERICHTERSTATTUNG

Das Totalversagen der öffentlich-rechtlichen Medien

NATIONALE EINHEIT

Die schärfste Waffe der Ukraine im Abwehrkampf

GASTBEITRAG VON BERND SCHATTNER

Ernährungsssicherung in Deutschland

UKRAINE-KRIEG

Einschneidende Zäsur für das politische Gefüge in Deutschland

MÜNZENMAIERS MAGAZIN
gibt es jetzt auch digital!

Unzensierte
Nachrichten
tagesaktuell

WWW.MUENZENMAIERS-MAGAZIN.DE

Vorwort

Liebe Freunde,

zunächst muss ich mich bei Ihnen entschuldigen: Wir sind zu spät! Das quartalsweise Erscheinen von „Münzenmaiers Magazin“ wurde dieses Mal leider verzögert, denn kurz vor Abgabeschluss attackierte Putin die Ukraine und ein Krieg brach mitten in Europa aus. Vor diesem Hintergrund einfach unser „normales“ Magazin herauszubringen ohne sich mit der Ukraine zu beschäftigen, hielt ich für verfehlt und deshalb haben wir in den vergangenen vier Wochen ein „neues“ Magazin aus dem Boden gestampft, das sich natürlich in erster Linie mit dem Krieg in der Ukraine beschäftigt.

Apropos „neu“: Wie Sie unschwer schon anhand der Frontseite gemerkt haben, haben wir dem Magazin ein komplett neues Aussehen verpasst. Noch wertiger, noch etwas glanzvoller, schlicht und ergreifend noch etwas besser. Oder? ;-)
Wie immer freue ich mich auf Ihre Rückmeldung, Ihre Verbesserungsvorschläge und natürlich auch über Ihre Kritik: Schließlich wollen wir immer besser werden und greifen dazu Ihre Ideen gerne auf!

Getreu dem Motto: „Wer rastet, der rostet“, gibt es parallel zu der optischen Neuerung auch inhaltlich etwas Neues zu verkünden: „Münzenmaiers Magazin“ gibt es ab jetzt nicht nur als vierteljährliche Printausgabe, sondern wir sind den Weg ins Netz gegangen. Brandaktuell, unzensiert und stets verfügbar: Schauen Sie rein unter
www.muenzenmaiers-magazin.de und verfolgen Sie täglich, was in unserem Land so passiert!

Mit dieser Neuerung möchten wir das Magazin zu einer seriösen rechten Anlaufstelle im Netz ausbauen, auf der Sie ohne Filter der Mainstreammedien aktuelle Ereignisse recherchieren können und stets informiert bleiben. Aber dieses große Vorhaben funktioniert selbstverständlich nicht ohne Ihre Hilfe:

Teilen Sie unsere Beiträge, erzählen Sie Gleichgesinnten von der Idee und sorgen Sie mit uns gemeinsam dafür, dass in Zukunft BILD, WELT oder der SPIEGEL nicht mehr zur Debatte stehen, wenn sich konservative Bürger einen Nachrichtenüberblick verschaffen wollen!

Neben diesen Fortschritten im digitalen Bereich darf ich Ihnen auch über einen Meilenstein in punkto Struktur berichten: Mit dem „Zentrum Rheinhessen“ gibt es jetzt einen großen Anlaufpunkt im Herzen unserer schönen Region der als Treffpunkt, Veranstaltungsfläche, Bar, Rückzugsort und schlicht und ergreifend als nonkonformes „Zentrum“ dient. Sie sind herzlich eingeladen, melden Sie sich und kommen Sie doch mal auf einen Kaffee oder ein Bierchen vorbei. Es lohnt sich!

Nach all diesen guten Neuigkeiten wünsche ich Ihnen jetzt, wie gehabt, eine gemütliche Lektüre bei bestem Frühlingswetter und freue mich auf Ihre Weiterempfehlung unseres Magazins.

Wir sehen uns bei einer der nun wieder zahlreichen Veranstaltungen oder im neuen „Zentrum“!

Herzliche Grüße

Ihr Sebastian Münzenmaier

Inhaltsverzeichnis

03 Vorwort von Sebastian Münzenmaier

KRIEG IN DER UKRAINE

07 Zäsur für die deutsche Politik

12 Gastbeitrag von Bernd Schattner

15 Positionspapier der AfD-Bundestagsfraktion

16 Nationale Einheit im Abwehrkampf

19 Sanktionen gegen wen eigentlich?

22 Das Versagen der Öffentlich-Rechtlichen

24 Wer sind Kadyrows Islamisten-Schlächter

POLITIK & HINTERGRÜNDE

31 Der Fall Anne Spiegel

35 Karikatur

36 Inflation: Teuerung ohne Ende

40 EU-Studie: Massenmigration

44 Big-Pharma und umstrittene Corona-Deals

46 Tabaksteuer: deutlicher Preisanstieg

48 EU-Verbot von Tattoo-Farben

SONSTIGES

50 Rezension: Hamsterland-Comics

52 Strukturen schaffen: Zentrum Rheinhessen

54 Kreuzworträtsel

55 Kontakt, Info & Impressum

MÜNZENMAIERS MAGAZIN

KRIEG IN DER UKRAINE

„Wir sind heute Morgen in einer anderen Welt aufgewacht."

Mit diesen Worten reagierte Außenministerin Annalena Baerbock auf den Beginn des Ukraine-Krieges. Scholz sollte später in einer Rede im Bundestag verbal eine „Zeitenwende" einläuten. Und niemand wird bestreiten, dass der Angriffskrieg gegen die Ukraine eine Zäsur im politischen Gefüge Deutschlands darstellt.
Alte, vermeintliche Gewissheiten geraten ins Wanken und schon vorher zweifelhafte Prioritäten erscheinen angesichts der neuen Lage in neuem Licht.

Neben Annalena Baerbock sind auch andere Politiker in der Realität aufgewacht. In einer Welt, in der das Gendern von Gesetzestexten sicherlich nicht das dringlichste Problem einer Gesellschaft darstellt. Doch was bedeutet die groß angekündigte „Zeitenwende" konkret für die Politik?

Altparteien und das Militär: Eine Geschichte der Geringschätzung

Die Bundeswehr war spätestens seit dem CSU-Minister Karl-Theodor von Guttenberg für die Altparteien allenfalls ein notwendiges Übel. Über Jahrzehnte wurde unsere Armee kaputtgespart und mit der Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht wurde der antimilitaristische Geist zementiert.

Überhaupt ließen gerade Linke keine Gelegenheit aus, die gesellschaftliche Akzeptanz für die Soldaten zu reduzieren. Die vermeintlich „Konservativen" der CDU setzten dem nicht viel entgegen und beschränkten ihren Einsatz für die Anerkennung des Militärs darauf, bedeutungslose Sonntagsreden mit den üblichen Phrasen zu halten.

Antifa-Aktivisten propagierten sogar immer wieder Hass gegen die Bundeswehr. Mit dem Titel „Feste feiern, wie sie fallen" wurden Veranstaltungen beworben, die den Tod von deutschen Soldaten feiern sollten. Die Landes- und Bundesregierung ließ diese Extremisten, wie üblich, gewähren und konzentrierte sich lieber auf die eigene links-grüne gesellschaftliche Utopie.

Thomas de Maiziére sollte bis heute der letzte deutsche Verteidigungsminister mit eigener militärischer Erfahrung bleiben. 2013 übernahm die heutige EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen dieses Amt. Das Verteidigungsministerium wird seit fast zehn Jahren von Politikern geleitet, die vorher keine Erfahrung oder Berührungspunkte mit dem Militärwesen hatten. War es früher noch üblich, dass ein Verteidigungsminister zumindest den Wehrdienst absolviert haben musste, so wird die Verteidigung unseres Staates nun Personen anvertraut, die sich allenfalls durch Parteilinientreue oder das Erfüllen einer Quote auszeichnen.

Quote statt Kompetenz: Verteidigungsministerinnen ohne militärische Erfahrung

Auf von der Leyen folgte Kramp-Karrenbauer und nun, in der Ampel, Christine Lambrecht, die in der letzten Legislaturperiode Justizministerin war und allenfalls durch ihre Antifa-Agenda auf sich aufmerksam machte.

Lambrechts Überforderung im neuen Amt zeigte sich überdeutlich, als sie bei Amtsantritt Medienberichten zufolge angefragt haben soll, ob sie sich denn wirklich alle militärischen Dienstgrade merken müsse. Keine guten Aussichten für eine Armee, die Experten zufolge „blank“ dasteht und nicht einmal in der Lage wäre, das eigene Land zu verteidigen.

Nun sollte aber nach dem Aufschlag in der Realität mit einem Krieg in Europa alles anders werden. Olaf Scholz läutete seine „Zeitenwende“ mit einem Sondervermögen für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro ein. Interessant, wie vornehm Schulden plötzlich klingen, wenn man sie „Sondervermögen“ tauft, aber das nur am Rande. Die Bundeswehr besser auszustatten und überhaupt erst einmal wieder handlungsfähig zu machen, ist eine Forderung, die auch die AfD seit Jahren erhebt..

Doch ist es mit einer großen Menge Geld wirklich getan? Ursula von der Leyen hat sich vor ihrer Beförderung nach Brüssel einen handfesten Skandal mit Beraterverträgen geleistet. Millionen flossen in die Taschen von Unternehmensberatern und kamen definitiv nicht der Truppe zu Gute.

Ein ähnlich skandalöser Fall war die Beschaffung eines neuen Schützenpanzers, die dafür sorgte, dass fast drei Milliarden Euro Steuergelder versenkt wurden, weil der Schützenpanzer so umgerüstet werden musste, damit auch Schwangere darin arbeiten konnten.

Dieses Beispiel zeigt deutlich: Die Bundeswehr hat nicht nur ein Problem mit fehlenden Mitteln, es geht ebenfalls um Missmanagement und fehlende Mentalität!
Eine „Zeitenwende“ mit fähigem Personal lässt jedoch weiterhin auf sich warten.

Verteidigungsministerin Lambrecht leistet sich einen Fehltritt nach dem anderen und wirkt Tag für Tag völlig überfordert. Die Liste der Peinlichkeiten seit Beginn des Krieges in der Ukraine aufzuzählen, würde völlig den Rahmen sprengen.

Deutschland braucht endlich einen Verteidigungsminister, der seiner Verantwortung gerecht wird und die Bundeswehr wieder vom Kopf auf die Füße stellt. Es bedarf gewaltiger Anstrengungen, um die Fehler der vergangenen Jahrzehnte wieder auszubügeln.

Energieversorgung: Von der Traumwelt direkt in die Krise

Nicht nur bei der Sicherheitspolitik sind linke Lebenslügen am 24. Februar 2022 wie Seifenblasen geplatzt. Erinnern Sie sich noch an den Wahlkampf der Grünen? Was wurde da noch für eine wohlige Zukunft gezeichnet. Menschen verzichten im Alltag auf das Auto und benutzen teure Designer-Lastenräder, Kohlekraftwerke werden abgeschaltet und die Transformation in eine emissionsfreie Zukunft wird neuen Wohlstand bringen. Der Strom kommt ja schließlich aus der Steckdose. Ein paar Monate später nur, stehen diese Ideologen vor einem Scherbenhaufen ihrer utopischen Vorstellungen. Es drohen Versorgungsengpässe und die Kosten explodieren.

Auch dazu gibt es eine Vorgeschichte. Am 11. März 2011 ereignete sich die Katastrophe von Fukushima. Ein Erdbeben verursachte in einem AKW, welches in einem Risikogebiet gebaut wurde, Kernschmelzen. Angela Merkel, deren vordringliches Ziel schon immer der reine Machterhalt war, nutzte die Gunst der Berichterstattung, um grüner als die Grünen zu sein und setzte den Ausstieg aus der Kernkraft in Deutschland durch.

Mangels einer wirklichen Opposition namens AfD wurde dieser rein emotionale und wissenschaftlich nicht erklärbare Schritt damals von sämtlichen Parteien im Bundestag außer der Linkspartei unterstützt. In der Konsequenz wuchs die Abhängigkeit von anderen Staaten.

Als der ehemalige US-Präsident Donald Trump Deutschland vorwarf, sich nahezu ausschließlich auf russische Gas- und Öl-Importe zu verlassen, wurde er vom damaligen Außenminister Heiko Maas samt Entourage ausgelacht. Doch genau die damals erwähnte Abhängigkeit fällt uns in der momentanen Situation auf die Füße.

Gerade die Grünen, die sich besonders in der Tradition der Anti-AKW-Bewegung sehen, können nicht von ihrem hohen ideologischen Ross steigen und die derzeitige Notwendigkeit der Nutzung von Kernkraft erkennen.
Es ist durchaus begrüßenswert, dass mittlerweile selbst Grüne in Sonntagsreden einsehen müssen, dass nationale Souveränität auch bedeutet, bei der Grundversorgung weitgehend autark von anderen Staaten zu sein und die grenzenlos expandierende Globalisierung kein Dauerzustand bleiben wird. Aber anstatt eben alle Hebel in Bewegung zu setzen, wird weiterhin von falschen Tatsachen ausgegangen.

Dass ein Industrieland wie Deutschland innerhalb kürzester Zeit alleine mit erneuerbaren Energien versorgt werden kann, ist fernab jeglicher Realität.

Messen konnte der interessierte Beobachter den Verzweiflungsgrad von Wirtschaftsminister Habeck auch an der Tatsache, dass dieser die Abhängigkeit von Russland möglichst schnell durch neue Abhängigkeiten von Katar u.a. ersetzen möchte. Man könnte daran erinnern, dass vor nicht allzu langer Zeit schon der Besuch der Weltmeisterschaft in Katar von gewissen Kreisen als „völlig inakzeptabel“ bezeichnet wurde, während der Nahezu-Kniefall von Habeck in Katar heutzutage als „Lösung“ dargestellt wird. Wie schnell sich Dinge ändern…

Andere Länder in Europa setzen nun verstärkt auf moderne Kernkraft, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Andere europäische Länder verlieren auch nicht die Kaufkraft der Bürger und die eigene Stärke der Wirtschaft aus den Augen.

Während in Deutschland halbherzige Maßnahmen wie ein einmaliger Heizkostenzuschuss für einen minimalen Empfängerkreis auf den Weg gebracht werden, setzt beispielsweise Polen auf enorme Steuerentlastungen. Es wird Zeit, dass diese Bundesregierung endlich wieder an die eigenen Bürger denkt und Steuererleichterungen schnell und unbürokratisch umsetzt anstatt über Gas- und Ölembargos zu sprechen, die unserem Mittelstand dann endgültig den Garaus machen könnten.

Politmediales Establishment klammert sich weiter an linke Luxusprobleme

Verbohrt, ideologisch und hysterisch. So sah die politische Landschaft vor dem Krieg in der Ukraine in Deutschland aus. Und heute? Findet nun auch eine „Zeitenwende“ in den Köpfen der woken Eliten statt?
Leider lässt sich feststellen, dass wir auch hier von einem echten Umdenken noch weit entfernt sind und sich viele aus der Politiker- und Journalistenblase noch nicht mit der neuen Realität anfreunden können. Vier Tage nach Kriegsbeginn erschien bei „ZEIT Online“ ein Artikel mit dem Titel „Gendersterne, Schweiß und Tränen“.

Darin wurde ernsthaft behauptet, ukrainische Soldaten würde auch für Diskurse um korrektes Gendern kämpfen. Behauptungen, die an Absurdität nicht zu überbieten sind.
Ukrainer kämpfen um nicht weniger, als um die Existenz ihres Landes, ihres Volkes, ihrer Familien und um das blanke Überleben. Diese tapferen Männer und Frauen kämpfen aber mit Sicherheit nicht dafür, dass ein Mann sich bei einem Besuch des Einwohnermeldeamtes zur Frau umwidmen kann.

Betrachtet man die Diskussionen in den Elfenbeintürmen des Establishments in den vergangenen Jahren, dann erschreckt angesichts eines uns so nahen Krieges diese unglaubliche Weltfremdheit umso mehr. Aber selbst ein Krieg vermag diese verbohrte Sicht der Dinge offensichtlich nicht zu ändern.

Die Innenministerin Nancy Faeser kündigte bei ihrem Amtsantritt an, dass sie ihre Aufgabe vornehmlich darin sieht, den sogenannten „Kampf gegen Rechts" zu verschärfen. Schnell machte die SPD-Politikerin mit Kontakten in die linksradikale Antifa-Szene Nägel mit Köpfen und stellte einen Aktionsplan vor, der unter anderem vorsieht, dass linke Initiativen großzügig mit Steuergeld versorgt werden.

Weniger engagiert agiert sie in der aktuellen Krisenlage. Unter die vielen ukrainischen Kriegsflüchtlinge mischen sich ab dem ersten Tag auch Wirtschaftsmigranten aus afrikanischen und osteuropäischen Ländern, die derzeit nicht von einem Krieg bedroht werden. Doch während Polen an der Grenze streng kontrolliert, lehnt Faeser eine Registrierung aller ankommenden Flüchtlinge ab. Das gipfelte darin, dass ein Insiderbericht enthüllte, dass ein Großteil der in München ankommenden Flüchtlinge eben keine Ukrainer, sondern vor allem Sinti und Roma aus Rumänien seien.

Ein besonders erschreckender Fall sorgte für Aufsehen, als eine geflüchtete Ukrainerin in einer Flüchtlingsunterkunft von einem Iraker und einem Nigerianer vergewaltigt wurde und dann nach Polen weiter flüchtete, weil sie sich in Deutschland nicht sicher fühlte. Die beiden Täter hatten wohl gefälschte ukrainische Pässe.

Die Bundesregierung hängt weiter der unsäglichen „Willkommenskultur" von 2015 an, nach der absolut jeder, der an der Grenze „Asyl" sagen kann, auch wirklich schutzbedürftig sein soll. Das bedroht nicht nur unsere Gesellschaft, sondern stellt auch eine Bedrohung für die vielen tatsächlichen Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine dar.

Beim gesellschaftlichen Umbau in eine linksgrüne Dystopie findet bis jetzt kein Einsehen statt. Ein weiterer deutlicher Beleg ist die Corona-Politik, an der verbissen festgehalten wird. Gesundheitsminister Karl Lauterbach scheint angesichts des Ukraine-Krieges in erster Linie über den eigenen Bedeutungsverlust schockiert und übertrifft sich nahezu täglich mit Warnungen vor vermeintlichen „Killermutanten" und ähnlichem Blödsinn.

Die Priorität von Olaf Scholz angesichts eines Krieges in Europa und einem stattfindenden NATO-Gipfel ist deutlich an der Tatsache zu erkennen, dass er die Außenministerin von dieser NATO-Tagung in den Deutschen Bundestag beordert, um eine weitere JA-Stimme für die unsägliche Impfpflicht zu bekommen. Olaf Scholz hat auch diese Stimme nichts mehr genutzt.

Von Lauterbach über Baerbock zu Scholz, das Motto der Ampel-Regierung bleibt auch in diesen Tagen: Jeder blamiert sich so gut er kann.

Nancy Faeser: Ideologie hat weiter Priorität

Der Ukraine-Krieg ist eine Zäsur, doch ein Umdenken muss noch stattfinden

Annalena Baerbock und die Bundesregierung sind am 24. Februar tatsächlich in einer anderen Welt aufgewacht. Doch allem Anschein nach findet sich die Bundesregierung in dieser anderen Welt noch nicht zurecht und ist auch nicht bereit, alte Denkmuster zu überwinden, Lebenslügen einzugestehen und Ideologie über Bord zu werfen.

Die Vorstellung einer pazifistischen Welt, die nur noch über globale Märkte funktioniert, ist einer Realität gewichen, die nationale Souveränität und Eigenstaatlichkeit als Schutzschirm dringend erfordert. Die One-World-Ideologie einer seligmachenden Globalisierung ohne Rücksicht auf nationale Eigeninteressen bestimmte in den vergangenen Jahrzehnten maßgeblich das politische Handeln der Bundesregierungen in den verschiedenen Konstellationen. Das hat dazu geführt, dass wir nun vor einem Trümmerhaufen stehen.

Aus dem AfD-Wahlprogramm:

„Sicherheitspolitisch ist langfristig die Erlangung strategischer Autonomie für Deutschland und seine europäischen Partner anzustreben."

Die AfD hat seit ihrer Gründung vor solchen Entwicklungen gewarnt und viele Forderungen, wie beispielsweise die nach einer besseren Ausstattung der Bundeswehr, kommen nun auch im Mainstream an. Jetzt das Wohl und die Unabhängigkeit Deutschlands in den Mittelpunkt der eigenen Politik zu stellen, wäre das Gebot der Stunde.

Die AfD wird auch weiterhin dafür kämpfen und ihren Beitrag leisten, damit endlich ein Umdenken stattfinden kann. Diese Ampel-Regierung ist leider nicht in der Lage, diese notwendige Rückkehr zur eigenstaatlichen Vernunft in die Wege zu leiten. Umso wichtiger, dass endlich die Alternative für Deutschland Verantwortung übernehmen und das Ruder rumreißen kann.

Im Moment zahlt noch der Bürger die Zeche für die Misswirtschaft der Politik aber der Tag wird kommen, an dem verantwortliche Altparteien von CDU/CSU über FDP bis hin zu SPD und Grüne die längst überfällige Rechnung bei Wahlen präsentiert bekommen.

MÜNZENMAIERS MAGAZIN

JETZT KOSTENLOS ABONNIEREN

Sie wollen „Münzenmaiers Magazin" regelmäßig direkt nach dem Erscheinen erhalten?

Dann abonnieren Sie das Magazin absolut kostenfrei und seien Sie immer einer der Ersten, der die neueste Ausgabe in den Händen hält.

Wie? Einfach eine E-Mail mit dem Betreff „Abo Münzenmaiers Magazin" und Ihren Adressdaten an redaktion@muenzenmaiers-magazin.de schicken.

Wir freuen uns über Ihre Nachricht!

ERNÄHRUNGSSICHERUNG IN DEUTSCHLAND

Die Verminderung der landwirtschaftlichen Produktion in den vergangenen 30 Jahren hat dazu geführt, dass die Tierbestände in Deutschland massiv zurückgegangen sind. Allein in den letzten 16 Jahren des unionsgeführten Landwirtschaftsressorts stellten 133.000 Landwirtschaftsunternehmen ihren Betrieb ein. In den letzten 15 Jahren hat damit jede Stunde ein Betrieb schließen müssen!

Durch die Ukraine-Krise, wodurch ca. 30 Prozent an weltweit gehandeltem Weizen wegfallen, sind natürlich die Weizenpreise enorm gestiegen. Gleichzeitig steigen aber auch für die Landwirte die Produktionskosten, etwa für Mineraldünger, Pflanzenschutz oder Kraftstoffe, sodass für Bauern die hohen Erzeugerpreise bei Milch, Fleisch und Getreide nicht im Unternehmen gewinnbringend investieren können, sondern nur als finanzieller Kostenausgleich dienen.

Die Folgen der hohen Erzeugerpreisen sind Preiserhöhungen des Lebensmitteleinzelhandels von bis zu 50 Prozent und damit die Verteuerung der Produkte, sodass Lebensmittel für den normalen Bürger zum Luxusartikel werden. Dies führt dazu, dass die Inflationsrate in Deutschland seit nunmehr über 40 Jahren in Deutschland wieder auf über 7 Prozent gestiegen ist.

Aber die Bundesregierung hält es derzeit nicht für nötig, dieser Inflation entgegenzuwirken.

Maßnahmen, wie das 9-Euro-Ticket im ÖPNV helfen in den veranschlagten drei Monaten womöglich den Menschen in den deutschen Großstädten. Aber den Menschen im ländlichen Raum, die jeden Tag mit dem Auto in die Arbeit fahren müssen, helfen diese freilich nicht

Die avisierten 14 Cent für einen Liter Diesel bzw. 30 Cent für einen Liter Benzin Steuererleichterungen von Finanzminister Lindner sind da nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Es zeigt sich, dass Deutschland derzeit massiv abhängig von russischem Gas und Öl ist. Ebenso zeigt sich, dass die deutsche Landwirtschaft, wie ich eingangs beschrieb, so limitiert wurde, dass eine autarke Selbstversorgung in weite Ferne gerückt ist.

Unsere Forderungen an die Bundesregierung sind deswegen:

1. schnellstmöglich die Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die deutsche Landwirtschaft, die internationalen Lebensmittelmärkte sowie die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln zu evaluieren und ihr Regierungshandeln dementsprechend auszurichten, dass die Ernährungssicherheit zu jedem Zeitpunkt gewährleistet werden kann und Lebensmittelpreise bezahlbar bleiben;

2. sich auf EU-Ebene mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass keine der im Rahmen des EU Green Deals beabsichtigten Maßnahmen für die Landwirtschaft umgesetzt werden;

3. sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass die beabsichtigte pauschale Halbierung des Einsatzes chemischer Pflanzenschutzmittel bis 2030 nicht weiterverfolgt wird;

4. sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass die im Rahmen des EU Green Deals beabsichtigten Maßnahmen für die Landwirtschaft in einer Folgenabschätzung grundlegend auf ihre Auswirkungen für die Ernährungssicherheit überprüft werden und anschließend derart angepasst werden, dass es durch sie künftig zu keinen negativen Folgen für die Ernährungssicherheit kommt;

5. sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass das verbindliche Vorhalten von 4 Prozent nichtproduktiven Flächen (Zwangsbrache) im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab 2023 sowie die weiteren Anreize für bis zu 7 Prozent nichtproduktive Flächen auf Ackerland zugunsten einer höheren Basisprämie ausgesetzt werden;

6. sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass die beabsichtigte Neuausweisung der nitratbelasteten Gebiete („rote Gebiete“) als Teil der Düngeverordnung ausgesetzt wird und zwischenzeitlich die unzureichende Datengrundlage für die Nitratbelastung durch die Landwirtschaft so zu verbessern, dass sie den Erfordernissen des Verursacherprinzips im Gewässerschutz gerecht wird;

7. sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass die deutsche Landwirtschaft zeitnah über die Krisenreserve der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) beim Kauf von Mineraldünger unterstützt wird;

8. den Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrszwecke verstärkt auf das 30-ha-Ziel zu reduzieren und dabei berücksichtigen, dass der im Koalitionsvertrag vereinbarte „massive Ausbau von Photovoltaik- und Windkraftanlagen“ nicht auf Agrarflächen stattfindet und wegen massiven Verbrauchs von Agrarflächen und Naturschutzflächen (Waldbestand) bei gleichzeitig erwiesener Nutz- und Wirkungslosigkeit eingestellt wird;

9. vom Ziel abzurücken, die Nutztierbestände in Deutschland zu reduzieren;

10. die bisher vorgesehenen 4 bis 7 Prozent in der GAP ab 2023 für Stilllegungsflächen zu streichen und forciert Nahrungs- bzw. Futtermittel herzustellen;

11. Stickstoffsouveränität herzustellen und den Einsatz von organischen Düngemitteln und stickstofffixierenden Pflanzen vorübergehend zu fördern;

12. ökologische Vorrangflächen für den Anbau von Nutzpflanzen zur Lebensmittelproduktion vorübergehend freizugeben sowie Dünge- und Pflanzenschutzmittel auf diesen Flächen einzusetzen.

13. vorübergehend, für Otto-, Diesel- und Heizkraftstoffe die Mehrwertsteuer auszusetzen; (b) das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) außer Kraft zu setzen und somit die CO_2-Abgabe abzuschaffen, um eine zusätzliche Reduzierung der Kraftstoffpreise herbeizuführen; (c) Grundnahrungsmittel (insbesondere Brot, verarbeitetes Fleisch und Milchprodukte) vorübergehend von der Mehrwertsteuer zu befreien.

Diese Maßnahmen würden den Landwirten helfen, geringere Kosten für Betriebsmittel zu generieren und endlich wieder frei zu wirtschaften. Außerdem bedeutete die Senkung bzw. die vorübergehende Aussetzung der Mehrwertsteuer bspw. für Kraftstoffe und Lebensmittel eine Entlastung der Bürger und führte somit auch zu einer Verminderung der Inflationsrate.

Die Landwirtschaft in Deutschland sollte der Lebensmittelproduktion und der Selbstversorgung der deutschen Bevölkerung dienen. Landwirte wollen keine Subventionen, sondern von ihrer Hände Arbeit leben können. Mit den höchsten Qualitätstandards und Umweltauflagen produzieren die deutschen Landwirte die qualitativ hochwertigsten Nahrungsmittel auf der ganzen Welt.

Deutschland ist ein Gunststandort für eine regionale und hochwertige Landwirtschaft. Das wollen wir erhalten!

Bernd Schattner ist seit 2021 Bundestagsabgeordneter und Mitglied im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Alternative für Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

POSITIONSPAPIER DER AFD-BUNDESTAGSFRAKTION ZUM RUSSLAND-UKRAINE-KRIEG:

1. Der Krieg gegen die Ukraine ist ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg Russlands, den wir scharf verurteilen.

2. Wir trauern mit den Familien der gefallenen Soldaten und der zivilen Opfer beider Seiten.

3. Die AfD-Bundestagsfraktion fordert vom russischen Präsidenten ein sofortiges Ende der Kampfhandlungen und setzt sich mit Nachdruck für einen sofortigen Waffenstillstand sowie für die Entsendung einer VN/OSZE-Friedenstruppe in die Ukraine ein.

4. Wir unterstützen die Anrainerstaaten, die sehr viele ukrainische Flüchtlinge aufnehmen, ebenso wie die vor Ort tätigen Hilfsorganisationen wie das Rote Kreuz. Wir sind für die temporäre Aufnahme von ukrainischen Kriegsflüchtlingen, sofern es sich um ukrainische Staatsbürger handelt.

5. Einen Beitritt der Ukraine zur EU und zur NATO lehnen wir ab.

6. Wirtschaftssanktionen sind abzulehnen. Wir befürworten Sanktionen gegen Verantwortliche und Unterstützer des Angriffskrieges.

7. Waffen in Krisen- und Kriegsgebiete zu liefern, ist grundsätzlich abzulehnen, da dies zur Eskalation beiträgt. Eine Entscheidung solcher Tragweite sollte dem Bundestag in namentlicher Abstimmung vorbehalten bleiben.

8. Die Energiewende der etablierten Parteien mit einem gleichzeitigen Ausstieg aus Kohle und Kernkraft hat uns abhängig und verwundbar gemacht. Wir halten an Nord Stream II fest, da diese Erdgasleitung ein wesentlicher Beitrag zu einer verlässlichen, sicheren und günstigen Energieversorgung Deutschlands ist. Wir fordern den Wiedereinstieg in die Kernenergie und den Weiterbetrieb moderner Kohlekraftwerke.

9. Wir fordern die politischen Parteien, alle gesellschaftlichen Kräfte und die Medien auf, den zunehmenden Diskriminierungen gegenüber russischsprachigen Mitbürgern entschieden entgegenzuwirken.

NATIONALE EINHEIT ALS SCHÄRFSTE WAFFE IM ABWEHRKAMPF

Die Ukraine hält im russischen Angriffskrieg militärisch und gesellschaftlich erstaunlich gut dagegen. Dies ist unter anderem damit zu begründen, dass die Ukrainer den Russen in Sachen Moral und Kampfeswille überlegen sind. Die Ursachen dafür liegen im Wesentlichen in einem stolzen Patriotismus und einem nationalen Einheitswillen der Ukrainer, die sich positiv auf die Truppen auswirken.

Währenddessen sind diese Werte in Deutschland mehrheitlich mehr oder weniger verpönt, was sich beispielsweise durch eine mangelhafte Ausstattung der Bundeswehr, Gender-Wahn und fehlende Bereitschaft zur Verteidigung des Landes im Kriegsfall bemerkbar macht.

Obwohl die nackten militärischen Zahlen etwa hinsichtlich der Menge an Panzern und Artilleriegeschützen eindeutig zugunsten der russischen Streitkräfte ausfallen, gestaltet die ukrainische Armee den Krieg nach wie vor offen. Es kann vermutet werden, dass der russische Präsident Wladimir Putin und seine Miitärberater die Widerstandskraft der Ukraine unterschätzt haben.

Nationalstolz, Patriotismus und Kampfmoral bringen die ukrainischen Streitkräfte überraschend gut voran

Maßgeblich zurückzuführen ist der ukrainische Erfolg auf die Kampfmoral, nicht nur der eigenen Soldaten, sondern auch der Zivilbevölkerung.

Sie sind entschlossen, die Souveränität, Demokratie und Freiheit der Ukraine gegen Russland zu verteidigen.
Eine russische Fremdherrschaft wird überwiegend deutlich abgelehnt, was die Motivation der Armee und der Freiwilligen zusätzlich erhöht.

In der Ukraine zählen Nationalstolz und Patriotismus zu den Grundwerten. Die Ukrainer können zwar nicht mit militärischer Stärke brillieren, dafür mit Moral, mit gegenseitiger Unterstützung und Solidarität: Attribute, die gerade in einem lang andauernden Krieg von entscheidender Bedeutung sind.

Der ukrainische Botschafter in Deutschland Andrij Melnyk hielt in dem Zusammenhang fest: „Die Ukrainer sind bereit, für ihre Rechte und Werte zu kämpfen."

Eigenen Angaben zufolge beziehen die kämpfenden Ukrainer ihren Mut und ihren Willen zum einen tatsächlich aus Patriotismus und Heimatliebe, zum anderen aus dem Stolz über die freiheitlichen Werte des Landes. Auch die Bereitschaft zur Verteidigung des eigenen Zuhauses spielt nachvollziehbarerweise eine wichtige Rolle. Für das Entfachen dieses Bewusstseins der eigenen nationalen Identität ist auch der ukrainische Präsident Wolodimir Selenskyj verantwortlich. Er spricht regelmäßig zu seinem Volk, hält patriotische Reden und lebt den Willen zur Verteidigung des Landes vor. Der 44-Jährige sendet die Botschaft aus, dass der Krieg nur gemeinsam angegangen werden kann und beendet seine Ansprachen des Öfteren mit den Worten „Slawa Ukrajini" – was „Ehre der Ukraine" bedeutet.

Solidarische, nationalbewusste Zivilbevölkerung als zusätzlicher Garant

Und dann sind da noch diese Geschichten, die den Nationalstolz für den ukrainischen Kampf symbolisieren. So sprengte sich etwa der ukrainische Soldat Vitaliy Skakun auf einer Brücke selbst in die Luft, um seine Einheit und sein Land zu schützen, da er mit dieser Maßnahme die russischen Truppen vorläufig stoppen konnte.
Zudem errichtet die Zivilbevölkerung in Großstädten Barrikaden und fertigt Molotov-Cocktails an, um sich gegen die Invasoren zu wehren. Bekannt geworden ist ferner, dass all diejenigen Waffen erhalten, die zur Verteidigung des eigenen Landes bereit sind. Eindrucksvoll sind auch Videos, auf denen Ukrainer zu sehen sind, die waffenlos den Russen entgegentreten und die eigene Nationalhymne schmettern.

Die moralische und militärische Unterstützung der Bevölkerung treiben auch das ukrainische Militär voran. Generalleutnant a. D. Heinrich Brauß sagte diesbezüglich, dass die Armee der Ukraine mit viel „Heldenmut" verteidige.

In Deutschland wird Patriotismus verunglimpft

All diese Gegebenheiten sind in Deutschland völlig undenkbar. Patriotismus wird hier vom Establishment in der Regel negativ bewertet und sogar nicht selten als „rechtsextrem" diffamiert. Wer sich als Patriot „outet", wird durch die „Woke"-Bewegung, aber inzwischen sogar durch Vertreter der „politischen Mitte" nicht nur am äußerst rechten Rand verortet, sondern häufig stigmatisiert und vom politischen Diskurs ausgegrenzt.

In einem Land, in dem der Wirtschaftsminister in Person von Robert Habeck (Grüne) in seinem Buch schrieb: „Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wusste mit Deutschland noch nie etwas anzufangen und weiß es bis heute nicht.", verwundert dies nicht.

Durch das unterschwellige Gefühl, dass es falsch aufgefasst werden könnte, wenn man sich in Deutschland aus Liebe für sein Vaterland einsetzt, wird selbst die Bundeswehr in ein negatives Licht gerückt.

In maroder Bundeswehr wird lieber über Gender-Projekte debattiert

Dies dürfte auch einen Teil dazu beigetragen haben, dass die Bundeswehr – nicht zu Unrecht – den Ruf als Pannentruppe erhalten hat, in der Panzer nicht fahren, Gewehre nicht schießen und Schiffe nicht schwimmen.
Alfons Mais, der Inspekteur des deutschen Heeres, erklärte sogar, die Bundeswehr stehe Russland mehr oder minder „blank" gegenüber.

Diese Peinlichkeit in einem der bedeutendsten Staaten der Welt resultiert unter anderem aus der Politik der jeweiligen Bundesregierungen, die der deutschen Armee offenbar eine immer geringere Bedeutung beigemessen haben. Dieser Trend begann spätestens mit der Aussetzung der Wehrpflicht im Jahre 2011 und wurde immer deutlicher erkennbar, als zuletzt wohl mehr über Gender- als über Verteidigungs-Projekte diskutiert wurde.
Als Beispiele hierfür dienen die Existenz der sogenannten „QueerBw", die sich als Interessenvertretung aller queeren Mitglieder der Bundeswehr beurteilt, sowie der Diversity-Tag der Bundeswehr, bei dem das Motto #FlaggefürVielfalt vorherrscht. Außerdem ist der deutschen Armee wohl gendergerechte Sprache wichtig. So wurde etwa bei Stellenausschreibungen der Panzerkommandant durch „Teamleitung Panzertruppe" ersetzt. Zuvor wurde bereits darüber gesprochen, weibliche Dienstgrade („Brigadegeneralin", „Feldwebelin" oder „Bootsfrau") zu etablieren, was allerdings zumindest vorerst verworfen wurde.

Rechtsextremismus-Generalverdacht gegenüber deutschen Soldaten ist unerträglich

Unerträglich ist darüber hinaus, dass deutsche Soldaten mit dem Verdacht des Rechtsextremismus überzogen werden. Demnach sagte zum Beispiel die Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestags, Eva Högl (SPD), 2020: „Es gibt auch Strukturen und Netzwerke innerhalb der Bundeswehr, die rechtsextrem sind." Dies seien mehr als Einzelfälle.
Und weiter: „Wenn es eine Häufung von Fällen gibt, brauchen wir (...) vor allen Dingen noch viel mehr Personen, die bunt und vielfältig sind." Bürgerlich-konservativ denkende Menschen, die sich der Bundeswehr verbunden fühlen, weil sie ihrem Heimatland einen Dienst erweisen wollen, fühlen sich durch solche Aussagen mindestens abgeschreckt. Patriotismus ist durch führende Politiker Deutschlands offenbar weder in der Bevölkerung noch in der Bundeswehr erwünscht.

Bundeswehr: Hauptsache bunt

Nur 18 Prozent der Deutschen würden im Kriegsfall für ihr Land kämpfen

Diese tendenziell negative Haltung der Deutschen gegenüber der Bereitschaft zur Verteidigung des eigenen Landes lässt sich auch an den Zahlen einer Umfrage, die wenige Jahre zurückliegt, ablesen. Demzufolge würden lediglich 18 Prozent der Deutschen für ihr Land kämpfen – im Kriegsfall. Das sei der drittniedrigste Anteil in der weltweiten Befragung. Das deutet darauf hin, dass Deutschland in einem Krieg womöglich hoffnungslos unterlegen wäre, da vielen Deutschen Patriotismus und ein positives Verhältnis zum eigenen Militär systematisch abgewöhnt wurden.
Das Beispiel der Ukraine zeigt, wie notwendig Patriotismus, echte Solidarität und nationaler Einheitswille sind. Ein gesundes Verhältnis zu der eigenen Nation und Identität kann im Kriegsfall Berge versetzen. In Schönwetterphasen drohen diese Attribute bei falschem Regieren wegzubrechen.

Denn in Deutschland wird offenbar lieber über weibliche Dienstgrade als darüber diskutiert, wie die marode Bundeswehr wieder auf Vordermann gebracht werden könnte. Als Ergebnis bleibt neben nicht nicht einsatzfähigem Gerät wohl auch ein Bewusstsein, dass das eigene Land nicht verteidigungswürdig ist. Bleibt zu hoffen, dass Deutschland von kriegerischen Auseinandersetzungen jedweder Art verschont bleibt.

SANKTIONEN GEGEN RUSSLAND ODER GEGEN WEN EIGENTLICH?

Sanktionen, Sanktionen, Sanktionen

Mittlerweile scheinen deutsche Politiker ein neues Lieblingswort gefunden zu haben, nachdem „Corona“ aufgrund des Ukraine-Krieges in der Wichtigkeitsskala einen Platz nach hinten gerutscht ist. Kein Tag vergeht, an dem nicht irgendein Politiker des Deutschen Bundestags härtere Sanktionen gegen Russland fordert.

Man könne für die Freiheit frieren, schließlich reichen 15 Grad in der Wohnung nach Meinung des baden-württembergischen Landwirtschaftsministers Peter Hauk aus. Schließlich retten die Sanktionen gegen Russland gerade die Welt. Oder?

Ob die Maßnahmen am Ende die Bürger mehr treffen als Russland und welcher Beitrag für ein Ende des Krieges geleistet werden kann, bleibt leider nur allzu oft offen.

AfD vertritt deutsche Interessen: Unsere Bürger kommen zuerst

Die AfD nimmt im politischen Berlin gerade eine Sonderrolle ein. Im Gegensatz zu allen weiteren Fraktionen im Bundestag fordert die Alternative für Deutschland eine differenzierte und genaue wirtschaftliche Betrachtung der Sanktionen gegen Russland. Denn eines muss klar sein: Die Politiker des Deutschen Bundestags sind zum Wohle des Deutschen Volkes gewählt.
Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen die Ukraine ist klar zu verurteilen und muss so schnell wie möglich enden.

Doch ist es in Krisensituationen wie dieser auch wichtig, nicht die Interessen unserer Bürger aus den Augen zu verlieren und sich kopflos einem Sanktionsreigen anzuschließen, der nur bedingt Wirkung entfaltet.

AfD-Bundessprecher und Fraktionschef Tino Chrupalla stellte dies in einem Pressestatement noch einmal deutlich heraus:
„Ich sehe mich als Politiker, der deutsche Interessen im In- und Ausland vertritt."

Die AfD ist kein Vasall Russlands, der USA oder sonst einer fremden Macht. Die AfD steht für die Bürger unseres Landes ein.

Sanktionen gegen Verantwortliche, aber keine blinden Wirtschaftssanktionen

In einem Positionspapier, dass die Bundestagsfraktion auf einer arbeitsintensiven Klausur in Oberhof verabschiedete, bezog die AfD klar Position. „Wirtschaftssanktionen sind abzulehnen. Wir befürworten Sanktionen gegen Verantwortliche und Unterstützer des Angriffskrieges", so die AfD-Abgeordneten des Hohen Hauses.

Die AfD differenziert innerhalb des Sanktionsbegriffes, was wirtschaftlich für unser Land sinnvoll ist. Bei genauer Betrachtung wird nämlich klar:

Der ideologische Überbietungswettbewerb, noch mehr Sanktionen zu fordern als der nächste, reißt allen voran den Menschen in unserem Land ein tiefes Loch in den Geldbeutel, die ohnehin wenig haben.

Gerade Familien werden von stark ansteigenden Preisen hart getroffen, das Entlastungspaket der Ampel hilft dort wenig bis gar nichts. Russland kann sich dagegen wirtschaftlich umorientieren: nach Indien und nach China.
Ein Ergebnis dieser Kremlschen Neuorientierung: Am Devisenmarkt stieg der Rubel trotz der derzeit geltenden Sanktionen und des neu geplanten Sanktionspakets der EU wieder auf Vorkriegsniveau.

Dies ist nur das Ergebnis eines wochenlangen Erholungskurses, den die russische Währung vollzogen hat.

Deutschland überschätzt sich, die Bürger dürfen bezahlen

Kurz zusammengefasst: Die derzeit geltenden Sanktionen schaden zuallererst einmal den Deutschen. Und weniger der russischen Regierung. Die oberlehrerhafte Politik der Altparteien reißt weitere Löcher in die Geldbeutel unserer fleißigen Bürger.

Die Symbolpolitik der Ampel und die vergangenen Jahre der Union, zu nennen sei hier die Klima-, Corona- und Entwicklungspolitik, schaden unserem Volk. Und bringt keineswegs einen Durchbruch in Sachen Menschenrechte:
Die Machthaber Katars, bei denen sich Grünen-Wirtschaftsminister Habeck jüngst unterwürfig anbiederte, sind nicht besser als die russischen Machthaber.

Robert Habeck in Katar: Neue Abhängigkeit von Autokraten dank kopfloser Sanktionen?

Die Auswirkungen der falsch gewichteten Sanktionen sind für alle Bürger offensichtlich. Zu spüren sind diese im Supermarkt, an der Zapfsäule und auf der nächsten Heizkostenabrechnung. Die AfD steht für mehr Augenmaß, sinnvolle Politik im Interesse unseres Volkes und keine bloße Symbolpolitik, die die Probleme in und außerhalb unseres Landes nicht an der Wurzel bekämpfen.

MAGAZIN VERPASST?

Auf unserer Netzseite können Sie sämtliche bisher erschienenen Magazine einsehen und downloaden. Auch die jeweils aktuelle Ausgabe wird dort kostenlos angeboten.

WWW.MUENZENMAIERS-MAGAZIN.DE/PRINT

DAS VERSAGEN DER ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN IN DER UKRAINE

Schon seit mehreren Wochen tobt nun Krieg in der Ukraine. Journalisten aus aller Welt berichten teilweise unter Einsatz ihres Lebens von den schrecklichen Ereignissen rund um Kiew, Mariupol und Odessa.

Doch von den öffentlich-rechtlichen Sendern aus Deutschland ist größtenteils niemand anwesend. Das ruft immer lautere Kritik hervor.

„Wüten, der ÖRR [öffentlich-rechtliche Rundfunk] solle nicht nach mehr Geld fragen - und dann wüten, weil der ÖRR keine Sondersendungen mal eben so aus der Hüfte stemmt."

ZDF-Journalistin Nicole Diekmann löste mit ihrem Beitrag des 22. Februar einen wahren Shitstorm aus.

Am Tag zuvor hatte Russland die im Osten der Ukraine liegenden Volksrepubliken Donezk und Lugansk als unabhängige Staaten anerkannt und Truppen in die Ostukraine entsendet.
Russland erklärte zu diesem Zeitpunkt das erste Mal, dass es die Gebiete im Donbass nicht als Teil der Ukraine betrachte. Eine weitere Eskalation war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr ausgeschlossen.

Während viele Privatsender an diesem Tag ausführlich über die eskalierende Lage berichteten, spulte der öffentlich-rechtliche Rundfunk sein Programm aus der Dose ab. Seichte Krimi-Unterhaltung für die Ü60-Generation, während sich im Osten Europas weiteres Unheil andeutete.

Nach zahlreicher Kritik am unwürdigen TV-Auftritt der acht Milliarden Euro schweren öffentlich-rechtlichen Bezahlsender äußerte sich nun Journalistin Diekmann, die selbst beim Mainzer Sender ZDF angestellt ist. Eine Sondersendung „aus der Hüfte" zu stemmen, sei eben einfach nicht möglich. Was soll man mit acht Milliarden Euro im Jahr denn noch alles tun? Nicht viel, wie die weitere Berichterstattung der ARD und ZDF aus der Ukraine zeigt.
Diese findet kaum vor Ort statt. Die ARD berichtet zwar über die Ukraine, aber nicht aus der Ukraine. Das ruft immer lautere Kritik hervor. Was zudem negativ auffällt:
Insbesondere die ARD ist bemüht, Journalisten vor Ort zu diskreditieren, die gerade die Arbeit machen, die eigentlich von den Gebührengeldern der Bürger getan werden sollte.

Georg Restle: Um keine faule Ausrede verlegen

Nach fast 40 Tagen ohne eigenen Korrespondenten aus Kiew meldete sich Monitor-Moderator Georg Restle am 3. April für die Tagesschau aus der ukrainischen Hauptstadt. In der ARD-Sendung erklärte der 57-Jährige, dass es Journalisten nicht möglich gewesen sei, sich ein genaues Bild der Lage in der Stadt Bucha zu machen. Die Ukrainer hätten die Orte um Kiew zur Sperrzone erklärt, unter anderem um Minen zu entfernen und das Vernichten von Beweismaterial zu verhindern. Doch war das die ganze Wahrheit?

Wohl kaum, wirft man einen Blick auf Pressevertreter anderer Medieneinrichtungen. Eine Berichterstattung war durchaus möglich, unter anderem fand man diese ausführlich in der Bildzeitung, der britischen BBC sowie dem US-amerikanischen CNN.
Nach öffentlicher Kritik ruderte Restle auf seinem Twitter-Kanal leicht zurück und erklärte, dass sich einige Journalisten in der Sperrzone befunden hätten.
„Hätte ich heute in der Tagesschau klarer formulieren sollen", so der ARD-Mann. Ausgestrahlt war der Beitrag vor knapp sieben Millionen Menschen da schon längst.

Kurt Krömer beleidigt Kriegsreporter vor Ort

Was neben der schwachen Berichterstattung des Gebührensenders auffällt: Immer wieder nutzen öffentlich-rechtliche Journalisten ihre Kanäle, um gegen Kollegen zu sticheln, die vor Ort berichten. Einen Höhepunkt fanden die Diskreditierungen in der RBB-Sendung „Chez Krömer", als Moderator Alexander Bojcan (Kunstfigur Kurt Krömer) einen Witz über einen Bild-Reporter vor Ort machte und diesen als „adipösen Hamster" bezeichnete.

Eine Sprecherin des Senders erklärte im Nachgang, dass diese Beleidigung der Aufhänger für eine „spannende Diskussion" gewesen sei. Respekt unter Kollegen sieht dennoch anders aus.

„Wie der Krieg gegen die Ukraine überholte Männlichkeitsbilder wieder hochspült"

Alles in allem ist festzuhalten, dass die Berichterstattung der ARD von fehlender Aktualität, Ignoranz und Überheblichkeit gegenüber anderen Medien gekennzeichnet ist.

Während Journalisten aus der ganzen Welt ihr Leben riskieren, um Informationen aus erster Hand zu erhalten, beschäftigen sich die öffentlich-rechtlichen Sender lieber damit, „wie der Krieg gegen die Ukraine überholte Männlichkeitsbilder wieder hochspült".

Im Bayrischen Rundfunk kommentierte ein Reporter tatsächlich, dass der Krieg in der Ukraine „alte Rollenbilder" befeuere. Dies sollte den Deutschen zu denken geben.
Realitätsfremder geht es kaum

WER SIND KADYROWS ISLAMISTEN-SCHLÄCHTER?

Im Ukraine-Krieg kämpfen für die russische Armee auch islamistische tschetschenische Truppen unter der Führung von Ramsan Kadyrow, der als „Putins Bluthund" bezeichnet wird. Die Tschetschenen sind für ihre erbarmungslose und brutale Vorgehensweise berüchtigt. In diesem Hintergrundbericht sollen sowohl die Rolle der gewalttätigen Islamisten als auch die ihres Anführers im Krieg in der Ukraine sowie in Tschetschenien beleuchtet werden.

Ramsan Kadyrow, Machthaber in der russischen Teilrepublik Tschetschenien, gilt als begeisterter Befürworter des russischen Kriegs gegen die Ukraine. Einen Teil seiner brutalen Spezialeinheiten, die insgesamt etwa 80.000 Mann umfassen sollen, gehorsam sind und wohl auch gesetzlos foltern und töten, schickte er bereits in das westliche Nachbarland. Zu Tausenden wurden die tschetschenischen Soldaten über Weißrussland in Richtung der ukrainischen Hauptstadt Kiew beordert.

Ihr mutmaßliches Ziel: den Kessel um Kiew möglichst schnell zuzuziehen. In Propaganda-Formaten schwadronierten die Islamisten, die ukrainischen Nationalisten aus dem Land entfernen zu wollen.

Die Videos schließen oftmals mit dem Ruf „Allahu akbar" – was so viel wie „Allah ist der Größte" bedeutet. Auf weiteren Videos sind gut gelaunte Kämpfer zu sehen, die den Daumen nach oben richten sowie auf Knien in einem Wald in der Ukraine beten.

Mitte März gab der tschetschenische Herrscher in einer Video-Botschaft an, sogar selbst mit seinen Sondereinheiten unweit von Kiew zu Gange zu sein. Dabei drohte Kadyrow der Ukraine in militärischer Ausrüstung mit folgenden Worten, die an die Regierung in Kiew gerichtet waren: „Wir finden euch. Lange habt ihr nicht mehr. Besser, ihr ergebt euch und stellt euch neben uns, wie ich schon mehrmals vorgeschlagen habe, oder euer Ende steht bevor."

Tschetschenische Truppen als „Einschüchterungsinstrument des Kreml“ oder als Ermordungsmaschinerie?

Verschiedene Kaukasus-Experten bewerten den Einsatz der islamistischen Kampftruppen in erster Linie als nützlich für die psychologische Kriegsführung. Diesbezüglich äußerte der Politologe Ruslan Kutajew, Kadyrows Truppen seien eine „Horrorgeschichte, ein Einschüchterungsinstrument des Kreml“ und sprach ferner von einem „von den Machthabern erschaffenes Monster, das angeblich alles kann.“

Durch den militärischen Einsatz der Tschetschenen soll die ukrainische Bevölkerung demnach vermutlich hauptsächlich eingeschüchtert und ihr Widerstandswillen gebrochen werden. Jean-François Ratelle, kanadischer Kaukasus-Kenner sagte in dem Kontext, dass die Ukrainer aufgrund der Präsenz der islamistischen Truppen in den Glauben und die Angst versetzt werden sollen, dass sich die Geschehnisse in Tschetschenien in der Ukraine wiederholen.

Damit meint er Randale, Plünderungen, Vergewaltigungen und Ermordungen.

Zu der vermuteten Einschüchterungstaktik passt auch das Statement des Gründers der Investigativplattform Conflict Intelligence Team, Ruslan Lewijew, der erklärte, dass diese Truppen für einen Angriffskrieg gar nicht die richtige Ausbildung hätten.

Auf der anderen Seite sind allerdings ebenso Gerüchte entstanden, nach denen eine weitere Aufgabe der tschetschenischen Spezialeinheiten wohl darin liegen soll, ukrainische Politiker zu ermorden. Darunter sollen den Angaben zufolge beispielsweise Wolodymyr Selenskyj, Präsident der Ukraine, und die Klitschko-Brüder gehören.

Doch wer ist eigentlich Ramsan Kadyrow, der tschetschenische Herrscher?

Kadyrow ist neben seiner Herrschaft in der russischen Teilrepublik auch Politiker der Partei „Einiges Russland“. Um seine Rolle in Russland besser einordnen zu können, ist es wichtig, den historischen Hintergrund Tschetscheniens zu kennen. Denn die islamistischen Spezialeinheiten mit dem Namen „Kadyrowzy“ haben schon zuvor für die Russen in Georgien, der Ostukraine, aber auch beispielsweise in Syrien gekämpft.

Doch danach sah es zunächst überhaupt nicht aus. Denn von 1994-1996 sowie von 1999-2009 führte Russland in Tschetschenien zwei blutige Kriege. Dabei kamen Tausende Zivilisten ums Leben. Grosny, die Hauptstadt Tschetscheniens, und andere russische Städte wurden fast vollständig zerstört. Im Ersten Tschetschenien-Krieg gehörte Achmat Kadyrow, der Vater des heutigen Herrschers, noch zu den Separatisten, den russischen Gegnern.

Im nachfolgenden zweiten Krieg kam es dann zu einem Seitenwechsel des Clans, was schließlich in dem Umstand resultierte, dass Vater Kadyrow 2003 durch die Mithilfe des russischen Präsidenten Wladimir Putin Präsident von Tschetschenien wurde. Ein Jahr später kam Kadyrow allerdings bei einem Anschlag ums Leben.

Daraufhin schlug die Stunde seines Sohnes: Ramsan Kadyrow. Als Erstes wurde dieser als Vize-Ministerpräsident eingesetzt, um im März 2006 zum Regierungschef aufzusteigen.

Letztlich wurde Kadyrow am 2. März 2007 nach dem Vorschlag Putins durch das tschetschenische Parlament zum Präsidenten des Teilgebiets gewählt, da er mit 30 Jahren das Mindestalter für dieses Amt erreicht hatte.

Diese Zäsur war der Beginn von stetig besseren Beziehungen zwischen dem Kreml und Grosny. So wurde die Hauptstadt Tschetscheniens beispielsweise mit einer massiven russischen Finanzspritze wiedererrichtet und zu einer modernen Stadt geformt. Aufgrund der politischen und ökonomischen Unterstützung Putins gilt Kadyrow als loyal, gleichzeitig aber als unberechenbar.

Eine Vereinbarung zwischen Moskau und Grosny könnte folgendermaßen ausgestaltet sein: Kadyrow hält das konfliktreiche Pulverfass Tschetschenien zusammen und den antirussischen Widerstand klein, während Putin ihn weitgehend frei regieren lässt. Sich selbst sieht der 45-Jährige als „Putins Fußsoldaten".

Kadyrow: Brutaler Führungsstil & radikale Härte gegen Regimegegner

Kadyrow regiert in Tschetschenien mit radikaler Härte. Politische Gegner und nichtstaatstreue Journalisten tituliert der 45-Jährige gerne als Terroristen. Bekannt ist darüber hinaus, dass seine Sicherheitskräfte Regimekritiker verhaften und foltern. Selbst Entführungen und außergerichtliche Tötungen von Richtern, Journalisten oder Aktivisten finden in der russischen Teilrepublik statt.

Auch die erbarmungslose Verfolgung von Homosexuellen praktiziert das Regime, was sicherlich mit der Ausrichtung nach der islamistischen „Scharia" zusammenhängt. Zu der Scharia gehören alle Normen und Gesetze, die aus der Sunna des Propheten und dem Koran abzuleiten sind.

Insgesamt errichtete Kadyrow ein unterdrückendes und brutales Regime in Tschetschenien, das ein weitgehend rechtsfreies Gebiet darstellt. Putin hat diese Entwicklung bislang geduldet. Als Dank – so kann vermutet werden – zeigt Kadyrow seine Loyalität gegenüber Putin in den verschiedenen Kriegen, die er für den russischen Präsidenten mitbestritten hat, so jetzt auch in der Ukraine.

Ein Beispiel für die menschenverachtende Politik Kadyrows ist ferner die Ermordung der Menschenrechtsaktivistin Natalja Estemirowa, die für die Organisation „Memorial" arbeitete und über die Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien recherchierte.

Immer wieder werden dem 45-Jährigen solche schweren Verstöße gegen die Menschenrechte vorgeworfen – sogar in anderen russischen Gebieten.

Auch mit Korruption wird der islamistische Russe in Verbindung gebracht.
Bekannt ist das Oberhaupt Tschetscheniens zudem für das Befürworten militärischer Stärke sowie für einen extremen Kurs im aktuellen Ukraine-Krieg.

So verlautbarte Kadyrow zum Beispiel im Dezember 2014 im Stadion von Grosny vor 20.000 bewaffneten Männern:

„Wir sind die Infanterietruppen Putins."

Ein Zeichen von Loyalität, aber gleichzeitig eine Machtdemonstration. Gegenüber der Ukraine bemängelte der tschetschenische Herrscher außerdem eine zu lasche Strategie und forderte einen kompromissloseren Großangriff.

Historischer islamistischer Hintergrund Tschetscheniens

Hinter all diesen radikalen Überlegungen und Vorhaben steht aber – wie bereits angedeutet – auch ein islamistischer Hintergrund. So hatte beispielsweise der geistige Leiter der Tschetschenen, Mufti Saleh Meschidow, bei den Kämpfen im Donbass 2014 seinen Segen gegenüber dem Einsatz ausgesprochen und erklärt, Gefallene in der Ukraine seien Märtyrer für ihren muslimischen Glauben.

Den Angaben eines russischen Oppositionellen zufolge hatte Kadyrow 2010 mitgeteilt, dass die Scharia über den russischen Gesetzen anzusiedeln sei und die Feinde des Islams entfernt werden sollten.

Auch zu dem Islamismus in Tschetschenien gibt es eine Vorgeschichte: Als die Sowjetunion 1991 zerfiel, strebten die Tschetschenen nach Unabhängigkeit. Am 27. Oktober desselben Jahres wurde bei Parlamentswahlen ein Präsident gewählt, der am 2. November einseitig die Autonomie Tschetscheniens verkündete.

Doch dies führte in der Folge dazu, dass die islamistischen Kräfte lauter wurden und anstrebten, die Scharia einzuführen. Noch vor dem Ersten Tschetschenien-Krieg kam es ab 1993 zum Einsatz dieser muslimischen Normen, was u.a. zu Zwangsverschleierungen der Frauen führte. Bei der konkreten Ausgestaltung wirkte auch Saudi-Arabien mit.
Besonders problematisch sind dabei Teile der Scharia, die modernen Freiheitsrechten (z.B. religiöser Pluralismus, Glaubensfreiheit, Gleichberechtigung von Frau und Mann) widersprechen. Auch werden nach islamischem Recht schwere Körperstrafen verhängt sowie das Vergeltungsprinzip in der Strafjustiz verwendet.

Todesurteile an Frauen, die mit dem Vorwurf „Ehebruch" konfrontiert waren, fanden ebenso in Tschetschenien statt – oftmals mit fragwürdigen Beweisen. Und auch noch 2015 zeigte die Menschenrechtlerin Jelena Burtina im Hinblick auf Tschetschenien auf: „Die schwersten Verletzungen russischer Gesetze stellen die Unterdrückung von Frauen und Fälle von Blutrache dar." Es drohe ihnen noch immer ein sogenannter „Ehrenmord". Diese Anzeichen und die brutale, religiös orientierte Regierungsweise Kadyrows deuten darauf hin, dass der Islamismus in Tschetschenien eine noch immer wichtige Rolle spielt.

Bedrohen Tschetschenen die Sicherheitslage in Deutschland?

Deutsche Sicherheitsbehörden vermuten sogar, dass Tschetschenen aufgrund des Ukraine-Kriegs auch zur Sicherheitsbedrohung in Deutschland werden könnten.
Denn diese sind in Kadyrow- und Russland-Unterstützer sowie –Gegner gespalten. Es sollen wohl auch schon Tschetschenen aus Deutschland in Kampfgebiete ausgereist sein.

Zu beobachten ist laut dem Islam- und Wirtschaftswissenschaftler Ahmed Omeirate ferner eine Art Bündnis zwischen Kadyrow-Unterstützern und arabischen Clans, da beide Gruppierungen aus „patriarchal-archaisch geprägten Gesellschaften" mit Clan-Strukturen stammen würden.

Ein Zusammenschluss dieser Gruppen gegen unsere Rechtsordnung oder tschetschenische Regimekritiker könnte zu einer aktiven Bedrohung unserer Lebensweise führen.

In diesem Bericht sollte die brutale Vorgehensweise der tschetschenischen Kämpfer unter ihrem Herrscher Kadyrow deutlich geworden sein. Seine eiserne Hand, die durch den Islamismus maßgeblich angeleitet wird, versetzt nicht nur Frauen und Regimegegner in Tschetschenien in Angst und Schrecken, sondern könnte im Ukraine-Krieg nun auch enorme Konsequenzen für die ukrainische Bevölkerung mit sich bringen.

Im schlimmsten Fall werden die Auswirkungen bis nach Deutschland spürbar werden.

Ramsan Achmatowitsch Kadyrow ist „Oberhaupt" der russischen Teilrepublik Tschetschenien und tritt als besonders eifriger und brutaler Kriegstreiber im Ukraine-Krieg auf.

Impressionen - Aktiv für Deutschland

AfD

SWR AKTUELL HD
Sebastian Münzenmaier, AfD
Bundestagsabgeordneter Wahlkreis Mainz

POLITIK & HINTERGRÜNDE

Der Fall Anne Spiegel

Mehrere Wochen stand eine Frau im breiten Fokus medialer Öffentlichkeit, die eigentlich ein eher unspektakuläres Amt bekleidete: Ex-Bundesfamilienministerin Anne Spiegel (Die Grünen). Die 41-Jährige hat während der Flutkatastrophe im Ahrtal, die 134 Menschen das Leben kostete, 750 Verletzte zurückließ und einen Schaden in Milliardenhöhe verursachte, offenkundig versagt.

Damals bekleidete die Grünen-Politikerin noch das Amt der Umweltministerin von Rheinland-Pfalz. Während des Untersuchungsausschusses in Mainz kamen immer neue Details ans Licht, was am 14. und 15. Juli des Jahres 2021 alles schieflief – und wie kaltherzig und auf sich selbst bedacht die medial stets als Saubermann verkaufte Grünen-Politikerin agierte. Zudem wurden immer wieder neue Lügen entlarvt, dass sogar der Grünen-Bundesvorstand, also das höchste Parteigremium, den Rücktritt der Bundesfamilienministerin befürwortete.
Doch diese suchte die Flucht nach vorne, was zum peinlichen Schauspiel verkam. Am Ende steht ein unwürdiger Rückzug, der von Politkollegen auch noch positiv kommentiert wurde.

Eine Chronik der Ereignisse.

„Ich muss das noch irgendwie abbinden“

Einige Pressekonferenzen bleiben Zeugnisse der Zeitgeschichte. Fast jeder wird sich an die berühmte Wutrede von Giovanni Trapattoni erinnern, der in einer schlechten Phase der Bundesligasaison gegen seine Bayern-Stars wettere: „Ich habe fertig!“ Oder auch Angela Merkels „Wir schaffen das“, was zum Höhepunkt der Flüchtlingskrise wie ein Hilfeschrei aus der Ex-Bundeskanzlerin herausbrach.

Erinnern wird man sich auch an den Auftritt der ehemaligen Bundesfamilienministerin Anne Spiegel am 10. April in Berlin. In einem kurzfristig angesetzten Statement, sonntags um 21 Uhr, stammelte Spiegel einige Sätze mit Tränen in die Augen in die Kameras, wechselte dann blitzschnell ihre Gefühlslage und richtete einige Worte in Richtung ihres Pressesprechers:
„Jetzt überleg ich gerad’ noch, ob ich irgendwas… Jetzt muss ich’s noch irgendwie abbinden.“
Politisch sollte Anne Spiegel letztendlich nur noch einen weiteren Tag überleben.

Selbst dem Grünen-Bundesvorstand war es schon vor dem peinlichen Pressestatement zu viel mit der Skandalministerin geworden. Mit sechs zu null Stimmen hatte eine Runde von grünen Spitzenpolitikern gegen die Bundesfamilienministerin votiert, berichteten Tageszeitungen. Mit ihrem Auftritt hatte die Grünen-Politikerin wohl versucht, die Schmach eines Rücktritts noch abzuwenden. Dabei hatte Spiegel in ihrem neuen Amt auf Bundesebene bislang keinen größeren Fehlschlag begangen. Doch als Umweltministerin des Landes Rheinland-Pfalz wenige Monate zuvor umso schwerwiegendere.

Neun Monate vorher: Die Ahrtalkatastrophe erschüttert Deutschland

Am 14. und 15. Juli stockte den Deutschen der Atem. Im Westen und Südwesten Deutschlands ereigneten sich die wohl größten Flutkatastrophen der jüngeren Geschichte. Die Menschen im Ahrtal erwischte es dabei besonders heftig. Ohne größere Warnung schoss die Ahr mit einer Flutwelle in Höhe von sieben Metern durch das zugehörige Tal. Was wenige Stunden später blieb, waren kaputte Häuser, Autos und Infrastruktur im Gesamtwert von über fünf Milliarden Euro.
Noch viel schlimmer: knapp 750 Menschen wurden teils schwer verletzt, für 134 Menschen endete die Nacht der Flut tödlich. Schnell inszenierten sich Landes- und Bundespolitiker als Retter in der Not. SPD-Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) besuchte die zerstörten Straßen und Häuser, auch SPD-Innenminister Roger Lewentz war vor Ort.

Ebenso besuchte die damalige Umweltministerin Anne Spiegel das Ahrtal direkt nach der Katastrophe. Vor den Fernsehkameras zeigte sich die heute 41-Jährige erschüttert und mitfühlend. Damals ahnte noch niemand, wie schwer ihre Verfehlungen an diesen beiden Tagen gewesen waren. Und welche Verfehlungen noch folgen sollten. Doch der Reihe nach.

Absturz in 134 Tagen: Alles beginnt mit einer Beförderung

Wenn diese unendlich schlimme Katastrophe etwas Positives hervorbrachte, dann den unfassbaren Zusammenhalt der Menschen, die aus ganz Deutschland ins Ahrtal strömten und bei den Wiederaufräumarbeiten halfen. Die Hilfs- und Spendenbereitschaft war unglaublich und ermöglichte zumindest, den Betroffenen ein kleines Lächeln in schwierigen Zeiten auf das Gesicht zu zaubern. Ehrliche Hilfe und harte Arbeit: Dies waren die entscheidenden Aspekte, die in der schlimmsten Krisenzeit zählten. Die rheinland-pfälzische Umweltministerin Anne Spiegel ließ sich noch einmal im Ahrtal blicken, ansonsten tauchte sie weitgehend ab. Dass sie zu dieser Zeit in einem vierwöchigen Erholungsurlaub in Frankreich weilte, während die Menschen des Ahrtals im Schlamm um ihr letztes Hab und Gut kämpften, war damals noch nicht bekannt. Vielmehr folgte am 8. Dezember, also weniger als ein halbes Jahr nach der verheerenden Ahrtalkatastrophe, die Beförderung zur Bundesfamilienministerin. Auf Vorschlag des Grünen-Bundesvorstands ernannte Bundespräsident Steinmeier Spiegel am 8. Dezember zur Bundesfamilienministerin. Freudestrahlend hält Spiegel an diesem Tag ihre Ernennungsurkunde in die Kameras der anwesenden Journalisten. Die Pressevertreter überschlugen sich schon an diesem Tag mit Lobeshymnen auf die feministische Familienministerin.

8. März 2022: Der Stern Spiegel sinkt

Am 8. März begann der Stern der Hoffnungs-Ministerin für den linken Politjournalismus zu sinken. An diesem Tag veröffentlichten verschiedene Medien Hinweise darauf, dass Spiegel während der Ahrtalflut als zuständige rheinland-pfälzische Umweltministerin trotz verfügbarer Informationen nicht angemessen auf die herannahende Katastrophe reagiert habe und im weiteren Verlauf mehr ihr Image als die Folgen der Katastrophe im Blick behielt.

So hatte die Ministerin die mittlerweile völlig veränderten Pegelstände der Ahr und die herannahende Flutgefahr in einer Pressemitteilung vom 14. Juli nicht bedacht, hatte aber dringend auf das Gendern von Campingplatzbetreibern auf Campingplatzbetreiberinnen gedrängt. Als die Katastrophe dann eingetreten war, zeigte Spiegel politische Kälte einer neuen Dimension. Die Zeitungen zitierten aus SMS-Verläufen:

„Das Blame Game könnte sofort losgehen, wir brauchen ein Wording, dass wir rechtzeitig gewarnt haben, wir alle Daten immer transparent gemacht haben, ich im Kabinett gewarnt habe, was ohne unsere Präventionsmaßnahmen und Vorsorgemaßnahmen alles noch schlimmer geworden wäre etc.“

Schon ihre Mitarbeiter hatten in den Textverläufen eine „glaubwürdige Rolle“ für die Grünen-Politikerin gefordert, dabei solle es „nicht nach politischer Instrumentalisierung aussehen“.

Im Untersuchungsausschuss wird die Luft dünner

Spiegel geriet zunehmend unter Druck, auch weil der auf Betreiben der AfD im Landtag Mainz eingesetzte Untersuchungsausschuss immer neue Details ans Licht brachte.

Kein Schuldbewusstsein: Vor der Presse verteidigte Anne Spiegel ihr Verhalten

Dort gab die 41-Jährige zum ersten Mal die Echtheit der publizierten SMS zu: „Ja, es gab diese SMS und es gab auch meine Antwort darauf.“ Doch Spiegel verteidigte sich: „Es ist absolut falsch und ich weise entschieden zurück, dass ich irgendwann eine andere Priorität hatte“.

Die Nachrichten seien nur zwei von tausenden gewesen. Zudem rückte der Untersuchungsausschuss Spiegels Erreichbarkeit am Abend der Katastrophe in den Fokus. So betonte Grünen-Staatssekretär Erwin Manz, Spiegel habe ihn am 14. Juli 2021 nach einem vergeblichen Anrufversuch um 22.24 Uhr wenig später zurückgerufen. Jedoch sind in den Anruflisten, die dem Ausschuss vorlagen, keine Telefonate zwischen Manz und Anne Spiegel festgehalten.

AfD bringt das Thema nach Berlin: Im Plenum fliegen die Fetzen

Als das Thema medial langsam aus der breiten Öffentlichkeit verschwand, setzte die AfD-Bundestagsfraktion einen entscheidenden Impuls. Kurzfristig beantragte die patriotische Opposition eine „Aktuelle Stunde“ zur Thematik Anne Spiegel im Bundestag, schließlich war diese als Familienministerin nun auf Bundesebene tätig.
Am 18. März, also zehn Tage nach den Veröffentlichungen der Skandal-SMS, forderte AfD-Fraktionsvize Sebastian Münzenmaier Spiegels Rücktritt und betonte, dass die Grünen-Politikerin völlig untragbar sei.
Noch heute von „reibungslosen Abläufen“ zu sprechen, während 134 Menschen ihr Leben verloren haben, ist makaber und herzlos, so der 32-Jährige. „Mit Ihrem Verhalten, Frau Spiegel, haben Sie gezeigt, dass Sie nicht nur unmoralisch, sondern auch im höchsten Maß unfähig sind. Und daher rufe ich heute die Bundesfamilienministerin dazu auf […]: Treten Sie zurück“, endete Münzenmaier, der in seinem Redebeitrag stets zwei Ebenen des Spiegel-Versagens betonte: die Arbeitsebene und die moralische Ebene.

Im April überschlagen sich die Ereignisse: Vier Wochen Urlaub statt wichtiger Fluthilfe

In den Apriltagen überschlugen sich dann die Ereignisse und sollten zum vorläufigen Karriereende der 41-Jährigen führen. Wie eine große deutsche Tageszeitung aufdeckte, war Spiegel nur zehn Tage nach der Flutkatastrophe in den Sommerurlaub nach Frankreich gefahren. Und das für vier Wochen. Nicht nur der Zeitpunkt, auch die Länge des Urlaubs wurden in den kommenden Stunden massiv kritisiert. Ist eine Frau tatsächlich für ein Bundesamt geeignet, die sich in einer Landesfunktion so aus der Verantwortung stiehlt? Selbst dem Bundesvorstand der Grünen schien es genug.

Wie aus Journalistenkreisen zu hören war, liefen die Drähte in der Parteizentrale heiß. In einstimmiger Mehrheit votierte das Bundes-Gremium der Grünen für den Rückzug Spiegels. Doch diese bat um eine neue Chance. Es folgte ein Stück Zeitgeschichte.

Rückzug am 11. April: Spiegel hat fertig

Wie auf der legendären Pressekonferenz der mittlerweile Ex-Ministerin herauskam, hatte Spiegel auch noch gelogen: Sie hatte nicht, wie zuvor behauptet, aus ihrem vierwöchigen Erholungsurlaub digital an den Kabinettssitzungen teilgenommen. Ein Rückzug war wohl auch aufgrund des internen Drucks mittlerweile unausweichlich.

Eine Pressemitteilung am 11.04.22 besiegelte das politische Ende der 41-Jährigen. Spiegel schrieb darin, sie stelle „aufgrund des politischen Drucks“ das Amt der Bundesfamilienministerin zur Verfügung. Die Grünen-Politikerin wolle „Schaden vom Amt“ abwenden, „das vor großen politischen Herausforderungen steht.“

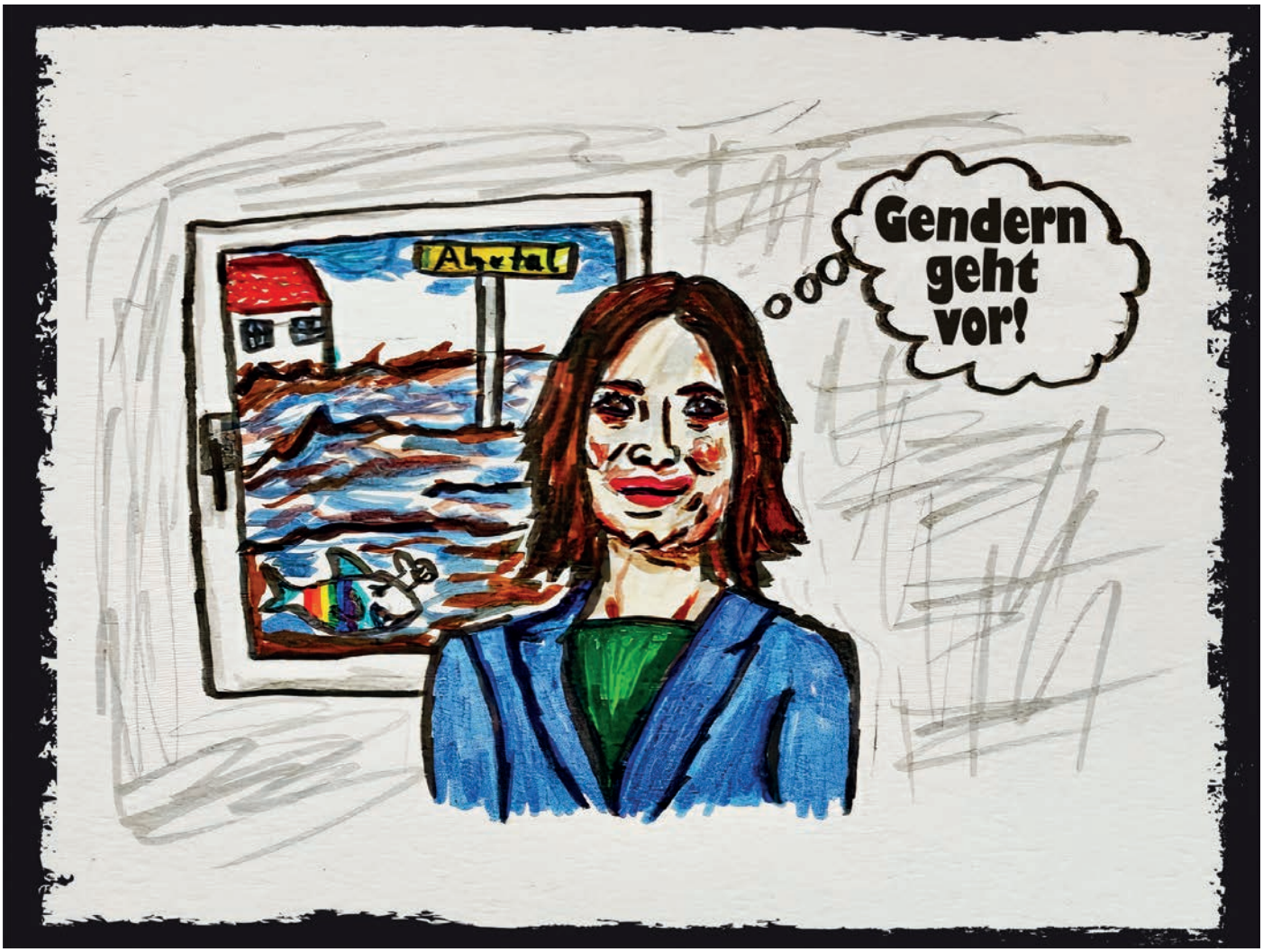
Der Rücktritt erfolgte also nicht aufgrund des Eingeständnisses fataler Fehler in der Krisenkommunikation, nicht wegen des moralischen Versagens am Morgen, als die ehemalige rheinland-pfälzische Umweltministerin vor einem „Blame Game“ warnte, oder den Lügen, die sie der Öffentlichkeit immer wieder auftischte.
Nein, der Rücktritt erfolgte nur wegen „politischen Drucks“ und wird mit knapp 75.000 Euro Übergangsgeld versüßt.

Einen würdeloseren Abgang gibt es kaum. Dass sich Bundeskanzler Olaf Scholz nur wenige Stunden zuvor noch vor seine Ministerin gestellt hatte und das gesamte Führungspersonal der Ampel-Koalition Spiegel großen Respekt zollte, ist bezeichnend für einen Berliner Politikbetrieb, der nicht nach Leistung, sondern strikter Quote und Ideologie aufgestellt ist.

Von der politischen Karriere Spiegels wird wohl hauptsächlich ihre Pressekonferenz vom 10. April in Erinnerung bleiben, auf der die Ministerin krampfhaft versuchte, ihre Karriere zu retten. „Irgendwie abbinden“ konnte sie diese aber nicht mehr. Um auf Giovanni Trapattoni zurückzukommen: Die Ex-Bundesministerin hat fertig.

Am 11. April 2022 legte Anne Spiegel ihr Amt als Bundesfamilienministerin nieder. Ihre Nachfolgerin ist die Grünen-Abgeordnete Lisa Paus.

KRISENMANAGEMENT VON ANNE SPIEGEL



WIRD DAS LEBEN IN DEUTSCHLAND BALD UNBEZAHLBAR?

Die Inflation macht sich immer stärker bemerkbar. Von Lebensmitteln über Strom bis hin zu Sprit wird alles deutlich teurer. Eine wesentliche Ursache für die massiven Belastungen der Verbraucher liegt in der Ideologiepolitik der Ampel, die es zusätzlich versäumt, angemessen gegenzusteuern. Die AfD setzt sich hingegen für deutlich spürbare Entlastungen ein.

Im Alltag beim Einkaufen und Tanken werden wir regelmäßig mit deutlich höheren Preisen konfrontiert, doch auch die nackten Zahlen sind besorgniserregend. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) bekanntgab, sind die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte zwischen Januar 2021 und Januar 2022 um 25 Prozent angestiegen.

Dabei handelt es sich laut der Behörde um den größten Anstieg gegenüber dem Vorjahresmonat seit Start der Erhebung 1949!

Preisanstieg bei Energie um 66,7 Prozent im vergangenen Jahr!

Dafür sei maßgeblich der Preisanstieg bei Energie verantwortlich. Bei Strom, Erdgas und Öl ist im genannten Zeitraum eine gigantische Teuerung von 66,7 Prozent zu verzeichnen.
Besonders Erdgas wurde massiv teurer. Nämlich um satte 119 Prozent Doch auch die sogenannten Vorleistungsgüter, zu denen u.a. Metalle, Holz, Düngemittel und Sekundärrohstoffe gehören, waren betroffen.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat sind die Preise in diesem Sektor bis Januar 2022 um 20,7 Prozent gestiegen.

Weiter schreibt das Statistische Bundesamt in einer Pressemitteilung vom 21. Februar 2022: „Besonders hoch waren die Preisanstiege gegenüber dem Vorjahr bei Sekundärrohstoffen aus Papier und Pappe (+ 72,7 %), Düngemitteln und Stickstoffverbindungen (+ 67,4 %) sowie Verpackungsmitteln aus Holz (+ 65,7 %)." Auch Industriegase wurden um 43,8 Prozent teurer.

Die Preise für Verbrauchsgüter wuchsen im vergangenen Jahr um 6,7 Prozent, davon Nahrungsmittel um 8,4 Prozent. Besonders nicht behandelte pflanzliche Öle (+ 58,5 Prozent) und Butter (+ 61,1 Prozent) erfuhren einen sehr starken Anstieg. Investitionsgüter wurden von Januar 2021 bis Januar 2022 um 5,3 Prozent teurer.

Teuerungen bei Benzin und Strom über lange Zeit absehbar

Dabei kommt die Verteuerung beispielsweise bei Benzin und Strom insgesamt keineswegs plötzlich. Es ist in den letzten Jahren ein eindeutiger Trend erkennbar, auch wenn der zuletzt erfolgte Anstieg sprunghaft daherkam. So hat sich der Preis für einen Liter Superbenzin seit 1972 ungefähr verfünffacht. Kostete ein Liter Super 1990 im Mittel noch etwa 66 Cent, musste man 2005 ca. 1,22 Euro zahlen (aktuell: 1,72 Euro im Schnitt). Ähnlich sieht es beim Strompreis aus. Zwischen 2004 und 2020 ist dieser um etwa 69 Prozent angewachsen.

Diese Preisanstiege sind mit enormen Folgen verbunden. Menschen an der Armutsgrenze können kaum noch den Alltag bestreiten. Steigende Preise sind für diese verheerend, da sie den größten Teil ihres Gehalts nicht für Luxusgüter, sondern für Wohnen, Essen und Energie ausgeben.

In dem Kontext wurde in einer kürzlich veröffentlichten Umfrage beispielsweise ermittelt, dass 80 Prozent der Deutschen wegen der steigenden Energiepreise Angst vor der nächsten Heizkostenabrechnung hätten. 34 Prozent der Studienteilnehmer machen sich demnach sogar sehr große Sorgen.

Ampel: Ideologiepolitik statt Entlastung der Bürger

Doch anstatt auf die Sorgen und Nöte der Bürger zu reagieren, schafft es die Ampel-Regierung offenbar nicht, ihren ideologiegeladenen Weg zu verlassen. Zwei Beispiele: Die Spritpreise in Deutschland erreichen nie dagewesene Höhen. Dabei darf nicht vergessen werden, dass Kraftstoffe ohne Steuern weniger als die Hälfte kosten würden.
Doch im angeblichen Sinne des sogenannten Klimaschutzes müssen deutsche Benzin- und Dieselfahrer für die hohen Kosten der E-Mobilität aufkommen und nebenbei noch eine CO2-Steuer neben der ohnehin schon bestehenden Öko- sowie der Kfz-Steuer leisten.

Das zweite Beispiel betrifft die Lebensmittelpreise. Obwohl die Geschäftsführerin der Berliner Tafel, Antje Trölsch, davon ausgeht, dass wegen des Preisanstiegs deutlich mehr Menschen ihre Tafel aufsuchen werden, fordert Landwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) einen weiteren Anstieg der Lebensmittelpreise. Dazu verlautbarte er: „Es darf keine Ramschpreise für Lebensmittel mehr geben, sie treiben Bauernhöfe in den Ruin, verhindern mehr Tierwohl, befördern das Artensterben und belasten das Klima. Das will ich ändern." Der Preis müsse die ökologische Wahrheit stärker ausdrücken.

Anscheinend haben die führenden Ampel-Politiker jeglichen Bezug zur Realität verloren. Anders ist das anhaltende Beharren auf der Ideologiepolitik kaum zu erklären. Denn diese Politik schröpft die Verbraucher!

Andere Länder machen vor, wie man die eigenen Bürger entlastet

Dass Regierungen sehr wohl in der Lage sind, der Inflation deutlich entgegenzuwirken, beweisen andere Länder Europas. So hat etwa die polnische Regierung ein Maßnahmen-Paket geschnürt, das den Namen „Antiinflationsschutzschild" trägt und die Verbraucher spürbar entlastet. Darunter verbergen sich Steuersenkungen und finanzielle Hilfe für die ärmsten Einwohner des Landes.

Konkret hat die Regierung Polens unter Ministerpräsident Mateusz Morawiecki seit dem 1. Februar die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel, Düngemittel und Gas vorübergehend abgeschafft und eine Verringerung des Mehrwertsteuersatzes für Diesel und Benzin von 23 auf acht Prozent vorgenommen.

Einen niedrigeren Satz hätte die EU nicht erlaubt. Während sich die Deutschen aktuell mit Benzinpreisen von teilweise über zwei Euro herumschlagen müssen, kostet der Liter Benzin in Polen umgerechnet ca. 1,40 Euro.

Zudem liegt der Mehrwertsteuersatz auf Strom und Wärme in Polen mit zeitlicher Begrenzung bei lediglich fünf Prozent. Der Testeinkauf eines Reporters einer großen deutschen Tageszeitung ergab folgendes: In Deutschland mussten 18,36 Euro gezahlt werden, in Polen für gleiche oder ähnliche Produkte nur umgerechnet 13,40 Euro.

Viele Deutsche im Grenzgebiet fahren deshalb zum Einkaufen und Tanken lieber ins östliche Nachbarland, was die deutschen Geschäfte zusätzlich schwächt. So erklärt beispielsweise Hans-Joachim Rühlemann, Vorsitzender des Verbands des Garagen- und Tankstellengewerbes Nord-Ost:

„Wenn (…) keine Frequenz mehr auf seiner Tankstelle ist, dann gehen ja sämtliche Umsätze nach unten und [der] Betreiber bleibt auf den Kosten sitzen, die da heißen Pacht, Strom, Wasser und so weiter und so fort."

Weiterhin spricht er von Umsatzverlusten von mehr als 60 Prozent „in allen Bereichen". Rühlemann schlägt ferner Alarm, indem er staatliche Unterstützung fordert, da die Tankstellen auf lange Sicht zerstört werden würden.

Doch auch in anderen Staaten ist ein Gegensteuern zu beobachten. In Frankreich wurden 100-Euro-Energieschecks und ein Inflationsausgleich von ebenfalls 100 Euro an 38 Millionen Geringverdiener übermittelt. Darüber hinaus deckelte die französische Regierung den Zuwachs des Strompreises bei vier Prozent und fror den Gaspreis vorübergehend ein.

In Tschechien ist eine zusätzliche Rentenerhöhung in Vorbereitung; in Ungarn wurden Preisstopps für Lebensmittel, Sprit, Nebenkosten und Zinsen beschlossen, sodass der Liter Normal-Benzin und Diesel hier bei umgerechnet 1,35 Euro liegt. Die spanische Regierung verzichtet zugunsten seiner Bürger auf massive Steuereinnahmen in Höhe von ungefähr einer Milliarde Euro.
Denn in Spanien wurde schon im zurückliegenden Jahr eine deutliche Senkung der Mehrwertsteuer auf Strom sowie der Stromsteuer durchgeführt. Ergänzt wurde die Maßnahme um eine Aussetzung der Stromerzeugungssteuer.

„Entlastungspaket" der Ampel-Regierung hat den Namen nicht verdient

Und in Deutschland? In der Bundesrepublik betreibt die Ampel-Regierung reine Symbolpolitik. Denn das beschlossene sogenannte „Entlastungspaket" wird die enormen finanziellen Belastungen insbesondere für Normal- und Geringverdiener kaum aus der Welt schaffen.

Werfen wir einen genaueren Blick in das „Entlastungspaket". Beispiel:
Abschaffung der EEG-Umlage (EEG steht für Erneuerbare-Energien-Gesetz).

Dieser Schritt wurde zeitlich bloß um einige Monate vorgezogen und wird sich im Geldbeutel der Verbraucher vermutlich nicht bemerkbar machen. Zu Jahresbeginn erfolgte bereits eine Senkung der EEG-Umlage um 43 Prozent, was wegen der gravierenden allgemeinen Preissteigerungen jedoch kaum auffiel. Ähnlich könnte der Effekt der vollständigen Abschaffung ablaufen.

Auch der Heizkostenzuschuss gestaltet sich als nicht mehr als Almosen für einige Wenige. Diesen sollen Wohngeldempfänger, Azubis und Studenten mit Bafög einmalig in einer Höhe von 115 bis 175 Euro erhalten. Verbraucherschützer gaben ihre Enttäuschung darüber preis, da sie mit mindestens 500 Euro gerechnet haben.

Die Anhebung der Pendlerpauschale, die zur Folge haben wird, dass jeder ab dem 21. Kilometer auf dem Weg zur Arbeit gefahrene Kilometer mit 38 Cent (statt wie bisher mit 35 Cent) anrechenbar ist, wird zudem erst viel zu spät (mit der Steuererklärung im nächsten Jahr) wirken und tendenziell mutmaßlich Besserverdiener entlasten. Der Grünen-Vorsitzende Omid Nouripour kritisierte im Übrigen diesbezüglich, dass die Anhebung nicht zum Klimaschutz beitrage.

Unter anderem deshalb bezeichnet der arbeits- und sozialpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, René Springer, das Maßnahmenpaket als „ein[en] kleine[n] Tropfen auf den heißen Stein". In erster Linie für Gering- und Normalverdiener seien die Entlastungen lediglich minimal. Der 42-Jährige kritisiert deutlich, dass „diejenigen, die den ganzen Laden am Laufen halten", erneut vernachlässigt würden.

In dem Zusammenhang fordert auch der haushaltspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Peter Boehringer, ein „radikales politisches Umsteuern" und verweist gleichzeitig darauf, dass ein bedeutender Teil der aktuellen Preisexplosionen politisch verursacht wurde – beispielsweise durch die EZB-Geldpolitik, die Corona-Maßnahmen sowie die Schuldenpolitik der Regierung.

AfD steht für echte Entlastungen der Bürger

Um die Inflation für die Verbraucher entscheidend abzufedern, fordert Springer die Bundesregierung im Namen der AfD-Fraktion auf, „wirksame Sofortmaßnahmen gegen den zunehmenden Kaufkraftverlust zu ergreifen". Konkret setzt sich die Bürgerpartei für ein sofortiges Ende der CO2-Steuer, ein vorübergehendes Abschaffen der Mehrwertsteuer auf Gas und Strom, die Senkung der Mehrwertsteuer auf Kraftstoffe „und eine Erhöhung des steuerlichen Grundfreibetrages auf 12.600 Euro [ein], so dass Arbeitnehmern mehr Netto vom Brutto in der Tasche verbleibt."

Im Gegensatz zur Ampel steht die AfD für wahre Entlastungen der Bürger in dieser schwierigen Zeit!

Inflation: Eckpunktepapier der AfD-Bundestagsfraktion

1. EZB muss Geldwertstabilität sichern

2. Erhöhung steuerlicher Grundfreibetrag

3. Regelsätze bei Grundsicherung anpassen

4. Abschaffung CO2-Steuer & Null-Prozent-MwSt. auf Treibstoffe

5. Null-Prozent-MwSt. auf Strom und Gas

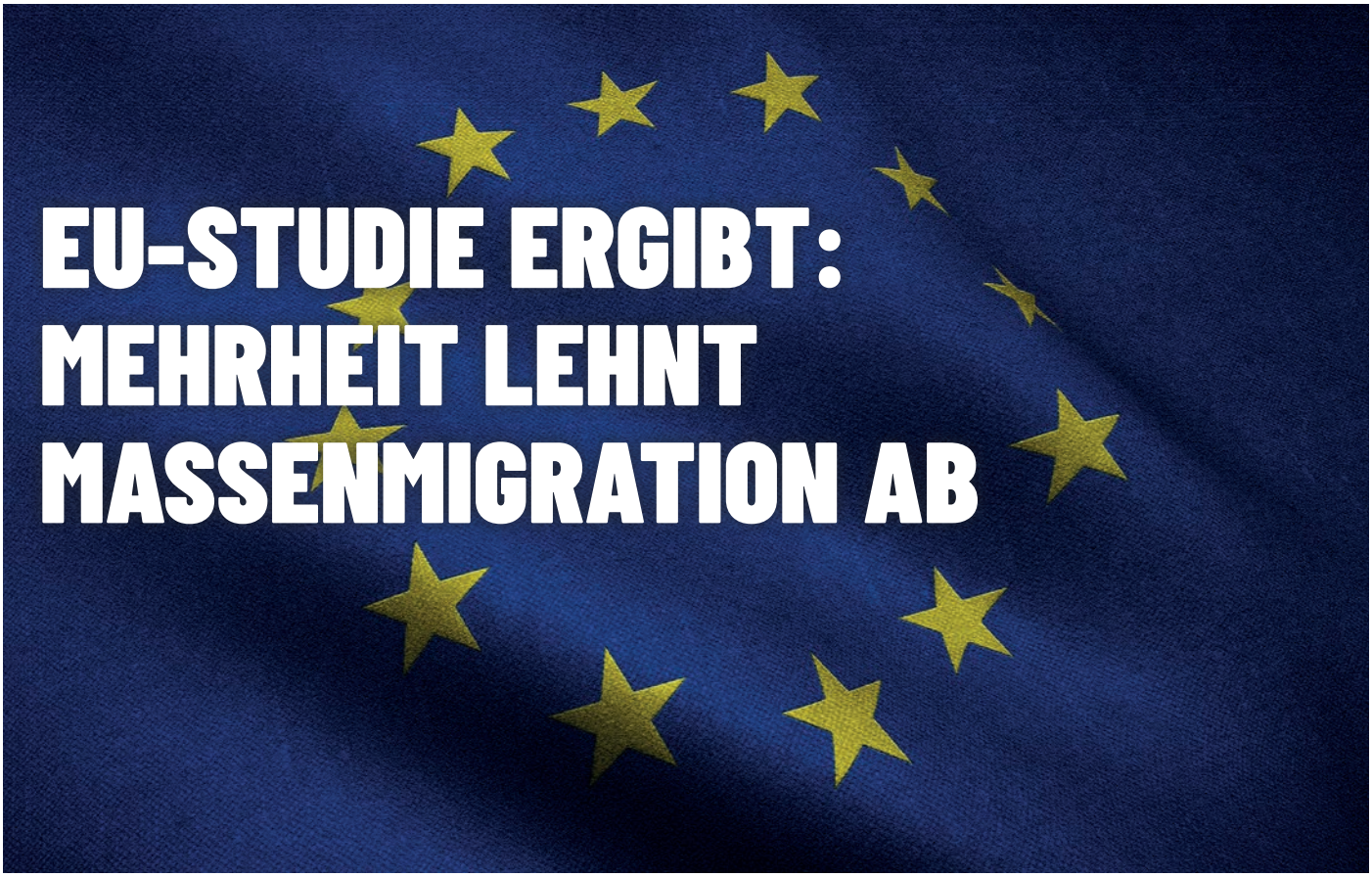
6. Vorübergehende Aussetzung der Mwst. auf Lebensmittel

7. Inflation beim Mindestlohn berücksichtigen

8. Erhöhung des Sparer-Pauschbetrages

9. Entfernungspauschale für Arbeitnehmer erhöhen

10. Streichung Grunderwerbsteuer bei Selbstnutzung



EU-STUDIE ERGIBT: MEHRHEIT LEHNT MASSENMIGRATION AB

Eine Umfrage, die in zehn EU-Mitgliedstaaten durchgeführt und von der Fraktion „Identität & Demokratie“ im Europäischen Parlament (u.a. von den AfD-Abgeordneten Dr. Gunnar Beck, Dr. Nicolaus Fest und Bernhard Zimniok) in Auftrag gegeben wurde, hat ergeben, dass die Mehrheit der Befragten in den teilnehmenden Ländern Massenmigration ablehnt und mehr Grenzschutz befürwortet.

Im folgenden Artikel sind die wesentlichen Ergebnisse der Studie für Sie anschaulich zusammengefasst.

Die den hier vorgestellten Ergebnissen zugrundeliegende Umfrage wurde im Zeitraum vom 06. bis 13. Dezember 2021 in Österreich, Frankreich, Deutschland, den Niederlanden, Italien, Spanien, Polen, Ungarn und Flandern (Belgien) sowie wenig später in Schweden als Online-Befragung erhoben.

Daran beteiligten sich aus den unterschiedlichen Ländern jeweils 1.000 Personen ab 18 Jahren.

Die erste Frage der Umfrage bezieht sich auf die Kenntnisse über den 2018 eingeführten UNO-Migrationspakt sowie den neuen Migrations- und Asyl-Pakt aus dem September 2020.

Dabei kam heraus, dass in Ungarn von beiden Pakten 29% noch nie gehört haben, während es in der Bundesrepublik Deutschland genau die Hälfte der Befragten und in Frankreich sogar 55% sind.

Das erweckt den Eindruck, dass insbesondere in Deutschland und Frankreich die Bevölkerung über die Migrationspläne der EU bewusst im Unklaren gehalten werden soll und die Hintergründe gezielt von der Öffentlichkeit ferngehalten werden sollen.

Umfrageteilnehmer sehen ihre Meinung zu Migration mehrheitlich nicht berücksichtigt

Des Weiteren gaben nur die Umfrageteilnehmer aus den Niederlanden mit relativer Mehrheit (48 zu 38%) an, dass ihre Meinung hinsichtlich der Migration nach Europa ausreichend beachtet wird. In Frankreich wurde diese Frage von gigantischen 67% verneint, in Österreich von 56%. In Deutschland waren es immerhin noch 47% bei 29% Zustimmung.

Besonders in ihren Ansichten berücksichtigt fühlt sich in Deutschland die Altersgruppe zwischen 18 und 29 Jahren. Mit Ausnahme der Niederlande haben Befragte aus allen Ländern, die sich politisch rechts verorten, mehrheitlich (54 bis 69%) nicht das Gefühl, dass ihre Meinung zur Migration gehört wird.

Massenmigration nach Europa? Europäer senden klares Nein!

Die kritische Haltung der EU-Bürger gegenüber der Massenmigration nach Europa zeigt sich besonders in der Antwort auf folgende Frage: „Denken Sie, dass Europa gemeinsam das angedachte Minimum von 70 Millionen Migranten über die nächsten Jahre aufnehmen kann?“ In allen teilnehmenden Staaten wurde darauf häufiger mit „nein“ als mit „ja“ geantwortet.

Ausgesprochen deutlich war die Ablehnung in Ungarn (77%), Österreich (67%), aber auch in den Niederlanden (61%) sowie in Deutschland und Frankreich (jeweils 60%).

Bemerkenswert: Selbst die Deutschen, die sich als politisch links einstufen, sind in dieser Frage gespalten (40 zu 40%). Ein Fazit dieser Studie muss also lauten: Die Masseneinwanderung nach Europa muss sofort gestoppt werden! Die Europäer wollen sie nicht.

Einen weiteren diesbezüglichen Anhaltspunkt liefert zudem die Frage, ob die Umfrageteilnehmer die Umverteilung von Migranten in das eigene Land von anderen EU-Staaten begrüßen oder nicht. Lediglich die Befragten aus Spanien (53%) und Italien (50%) unterstützen dieses Vorhaben mit absoluter Mehrheit, während es vor allem in Ungarn (67 zu 19%), Polen (55%) und in Österreich (53%) nicht befürwortet wird. Auch in Deutschland wird eine solche Umverteilung eher kritisch beurteilt (45 zu 40% für „unterstütze ich nicht“).

Die meisten Befürworter lassen sich in Deutschland erneut im Alter von 18-29 Jahren (53 zu 27%) finden. Es würde nicht überraschen, wenn sich viele dieser Befürworter den Grünen verbunden fühlen.

Mehr Grenzschutz ausdrücklich gewünscht

Ferner wurde die Bewertung von Grenzschutz abgefragt. Auf die Frage „Denken Sie, dass die europäischen Länder ihre nationalen Grenzen besser schützen sollten, als sie dies aktuell tun?“ wurde hierbei in ausnahmslos allen Staaten jeweils am häufigsten mit „ja, alle europäischen Länder gemeinsam“, gefolgt von „ja, alle europäischen Länder für sich“ sowie „nein“ geantwortet.

Am deutlichsten bestätigte sich dieser Trend in Ungarn (67 zu 22 zu 5%), Polen (67 zu 22 zu 6%), Deutschland (60 zu 23 zu 9%) und Österreich (58 zu 26 zu 11%).
Eine so geringe Ablehnung von mehr Grenzschutz offenbart darüber hinaus, dass der aktuelle Umgang mit den europäischen, aber auch mit den nationalen Grenzen völlig untragbar ist!

Interessant ist in dem Kontext auch, dass politisch Linke in allen Ländern mehrheitlich für gemeinsamen, europäischen Grenzschutz plädieren.

Außerdem wurden in der länderübergreifenden Umfrage finanzielle Aspekte abgefragt. So wurden die Teilnehmer gebeten, Auskunft darüber zu geben, ob sie gerne mehr über die „öffentlichen Kosten und/oder über die wirtschaftlichen Gewinne durch Migration in [i]hr Land“ wissen möchten.

Erwartungsgemäß gaben die meisten Befragten aus allen Staaten an, dass sie sowohl über die Kosten als auch über die Gewinne der Einwanderung mehr erfahren möchten (50 bis 68%). Im Umkehrschluss dürfte das allerdings auch bedeuten, dass die aktuelle Informationslage darüber in allen teilnehmenden Staaten als nicht ausreichend empfunden wird.

Probleme für Sozialsysteme

Als Nächstes ging es um die Probleme, die durch Migration entstehen können, wobei Mehrfachnennungen möglich waren. In allen Staaten wurden jegliche Probleme dabei jeweils nur von einer kleinen Minderheit gänzlich abgestritten: In der Spitze sehen in Italien 25%, in Spanien 24% und in Frankreich 18% der Umfrageteilnehmer keine der im Folgenden thematisierten Schwierigkeiten.

In den meisten Ländern werden Probleme für das eigene Sozialsystem durch Einwanderung mehrheitlich am häufigsten befürchtet. Dem stimmten beispielsweise 62% der befragten Ungarn, jeweils 60% der Deutschen und der Österreicher sowie 55% der Schweden zu.

Zusätzlich wird Migration in vielen europäischen Staaten als Bedrohung für die eigene Sicherheit und die der Familie angesehen.
In Polen bejahten 52% der Teilnehmer das entsprechende Item, in Österreich waren es 46%, in Deutschland 44%.

Auch für die Identität der eigenen Nation kann Zuwanderung zum Problem werden. Das sagten zumindest 45% der Befragten aus Flandern sowie jeweils 44% in den Niederlanden und in Ungarn.

Begrenzung der Einwanderung von unqualifizierten Migranten

Einen weiteren Indikator für die Ablehnung der aktuell vorherrschenden einladenden Migrationspolitik in vielen EU-Staaten stellen die Antworten auf die Frage nach der potenziellen Begrenzung der „Zuwanderung von Menschen ohne berufliche Qualifikationen“ in das eigene Land dar. Denn:

Eine absolute Mehrheit der Teilnehmer aus allen Staaten ist dafür!

Besonders hoch ist die diesbezügliche Zustimmung in Ungarn (74%), Deutschland (64%) und Österreich (62%). Wenig überraschend steigt die Befürwortung tendenziell mit zunehmendem Alter (zumindest in Österreich, Deutschland und Frankreich) und politischer Verortung nach rechts.

Eindeutig ist des Weiteren folgender Befund der Studie: „Die absolute Mehrheit der Befragten aus allen befragten Ländern stimmt der Aussage zu, dass Flüchtlingen besser in der Nähe ihres Herkunftslandes geholfen werden sollte als im Land der Befragten.“ Die deutlichste Bestätigung der These ergab sich erneut in Ungarn (85 zu 8%), gefolgt von den Niederlanden (76 zu 12%) und Italien (75 zu 13%).

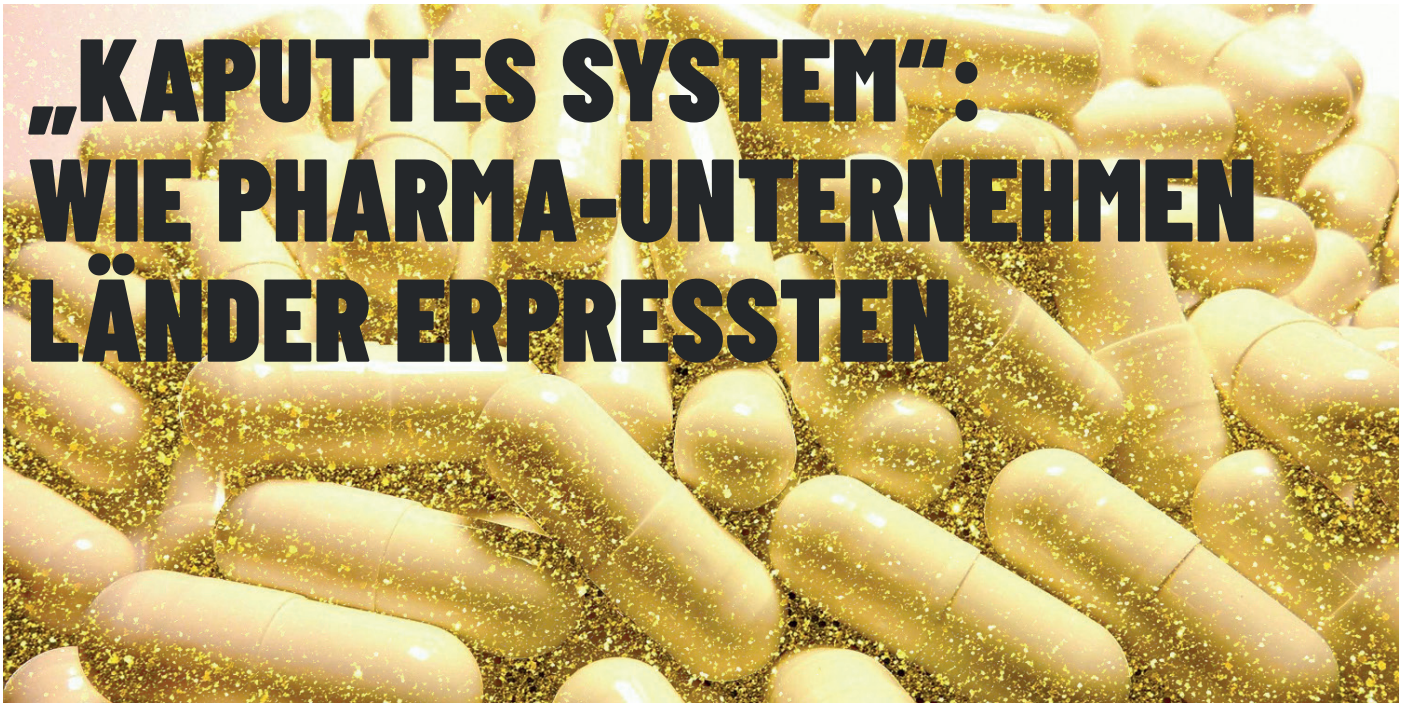
Die Ergebnisse der letzten Frage der Umfrage liefern ferner einen Eindruck des Bewusstseins der Befragten für europäische Solidarität. Die Frage „Denken Sie, dass die Europäische Union jenen Ländern finanziell helfen sollte, welche mit illegalen Grenzüberschritten zu tun haben, ihre jeweiligen Grenzen mit Zäunen und Mauern zu sichern?“ wurde in allen Staaten mehrheitlich bejaht.

Konkret ist die Zustimmung in Ungarn (69%) und (aufgrund direkter Betroffenheit nicht überraschend) Polen (67%) sowie mit 60% in Spanien am größten. Mit „nein“ antworteten aber immerhin ebenso 40% der teilnehmenden Italiener (44% „ja“) und 38% der Franzosen (42% „ja“).

Fazit:
Die EU muss die Stimmen der europäischen Völker viel mehr in ihre Migrationspolitik einfließen lassen.

Die dargestellten Ergebnisse der Umfrage machen in jedem Fall eines deutlich: Die EU-Bürger der zehn Staaten wollen keine Massenmigration in ihr eigenes Land – in erster Linie aus Sorge um das eigene Sozialsystem. Während die Mehrheit die eigene Meinung bezüglich Migrationsfragen nicht beachtet sieht, wird mehr (europäischer) Grenzschutz eindeutig befürwortet.

Die EU muss die Stimmen der europäischen Völker viel mehr in ihre Migrationspolitik einfließen lassen, statt aus vermeintlicher Humanität ohne Verstand die halbe Welt aufnehmen zu wollen!



„KAPUTTES SYSTEM“: WIE PHARMA-UNTERNEHMEN LÄNDER ERPRESSTEN

Eine Recherche in einem großen deutschen Nachrichtenmagazin zeigt: Beim Verkauf des Corona-Impfstoffs mussten Länder mit Pharmaunternehmen umstrittene Deals eingehen, die bis heute nicht vollständig aufgeklärt sind.

Die Macht der Konzerne ist riesig, die EU bezahlte völlig überhöhte Preise. Kritiker sprechen sogar von einer „Diktatur der Technologie und Wissenschaft“.

Knebelverträge, geschwärzte Inhalte, Zugeständnisse: Was klingt wie in einer Netflix-Serie, ist wohl die bittere Realität beim Verkauf des Corona-Impfstoffs in verschiedene Länder der Welt gewesen. In einer großen Recherche eines deutschen Nachrichtenmagazins äußert Esperanza Martinez, ehemalige Gesundheitsministerin Paraguays, schwere Vorwürfe.

„Als würden sie dir eine Pistole an den Kopf halten und sagen: Unterschreib.“ Sie habe in ihrer damaligen Funktion als Abgeordnete jedoch keine andere Möglichkeit gesehen, an Impfstoff zu kommen.

Denn: Die Unternehmen stellten Forderungen, die mit den Gesetzen in Paraguay nicht konform gehen, beispielsweise die Geheimhaltung der Vertragsinhalte und zahlreiche Zugeständnisse an den Hersteller.

So kam schließlich ein Vertrag mit dem Pharmakonzern Pfizer zustande, mit dem Martinez alles andere als glücklich und sogar eine Gesetzesänderung nötig war.

Paraguay war mehr oder weniger erpresst worden. So ging es auch Albanien oder Brasilien.

Covid-Impfung eines der machtvollsten Geschäfte in der Pharmaziegeschichte

Autor David Jimenez fasst an dieser Stelle zusammen, dass die Covid-Impfung wohl zu den machtvollsten Geschäften in der Pharmaziegeschichte gehört. Der unglaubliche Jahresumsatz von Biontech, Moderna und Co.: 71 Milliarden Euro!

Getrieben von Panik und Angst gingen die Staaten die Verträge ein, die einzig zum Willen von Big Pharma und Gewinnmaximierung ausgelegt waren.
Zain Rizvi, Pharma-Experte einer New-Yorker Bürgervereinigung, fasst zusammen: „Wir haben ein kaputtes System, in dem die Pharmaunternehmen zu viel Macht besitzen". Rizvi, sieht dringenden Handlungsbedarf, die Pharma-Konzerne erwartbar weniger. Die Forderungen seien übliche Praxis, so eine Pfizer-Sprecherin.

An dieser Stelle widerspricht Tom Wright, Mitglied der Nichtregierungsorganisation Transparency International, deutlich. Die neuen Regeln würden eindeutig über bisher Geltendes hinausgehen: „Sie versuchen, das Risiko auf die Regierungen zu übertragen, selbst wenn der Hersteller oder die Partner in der Lieferkette Fehler machen."

Insgesamt habe die NGO 182 Verträge untersucht, davon seien nur elf öffentlich zugänglich und gerade mal einer nicht geschwärzt oder zensiert.

EU unter Druck: Vertrag über 1,8 Milliarden Impfdosen unter strenger Geheimhaltung

Im Mai 2021 schwappte das skandalöse Verhalten der Pharma-Konzerne dann auch ins Herz der Europäischen Union. Zu diesem Zeitpunkt kaufte die EU 1,8 Milliarden Impfdosen und das ebenso unter strenger Geheimhaltung.

Dies brachte mehrere Abgeordnete dazu, die EU-Kommission zu Einzelheiten der Verhandlungen und der Vertragstexte zu befragen. Anfang Mai läuft die Beantwortungsfrist ab.
Spannend wird sein, ob die Kommission die Vertragstexte veröffentlicht oder weiterhin an Schwärzungen und Geheimhaltung festhält.

Bislang bekannt: EU zahlte völlig überhöhte Preise

Was die Recherche von Jimenez bislang ergab, sind völlig überhöhte Preise für den Pfizer-Impfstoff. Aus Bulgarien wurde öffentlich, dass die EU 19,50 Euro (!) für eine einzelne Dosis des Impfstoffes von Pfizer bezahlte. Dies entspricht einer Erhöhung von vier Euro im Vergleich zum Vorjahr. Der Preis von Moderna erhöhte sich von 19 Dollar auf über 25, Israel bezahlte sogar 30 Euro pro Dosis. Im Gegensatz hierzu steht ein besonderer Deal aus Albanien. Hier wurden nur 12 Euro pro Dosis bezahlt, jedoch noch einmal härtere Bedingungen akzeptiert. Ein großes Problem: Durch die zwingende Geheimhaltung der Vertragsdetails bleibt ein wirklicher Wettbewerb am Markt aus und der Gewinn für die einzelnen Pharma-Unternehmen schießt durch die Decke. So sprang Moderna vergangenen November, als die Angst vor der neuen Omikron-Variante groß war, um 20 Prozent an der Wall Street nach oben. Zur Einordnung: Moderna verzeichnete vor Pandemiebeginn in elf Jahren Verluste, 2021 machte das Unternehmen einen Gewinn von zwölf Milliarden Euro.

Impfstoffe haben Pharmasektor reich gemacht: Diktatur der Technologie

Was bleibt, ist ein zweifelhaftes Vorgehen der Pharmaindustrie, Länder, die sich nahezu allen Bedingungen der Unternehmen beugten und durch die Decke schießende Gewinne für Aktionäre und Vorstände. Hinzu wurden die Pharmafirmen in nahezu allen Fällen von der Haftung für Schäden der Impfung komplett freigestellt. Martinez aus Paraguay fasst passend zusammen: „Die Diktatur der Technologie und Wissenschaft hat uns in der Hand" […] Heute kann es Covid sein, morgen ist es vielleicht etwas anderes."

DEUTLICHER PREISANSTIEG BEI ZIGARETTEN UND TABAKERHITZERN

Durch die Folgen der unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen und die wachsende Inflation sind die Geldbeutel der deutschen Bürger ohnehin bereits genug belastet.

Doch die Bundesregierung dreht verschiedene Steuern ohne Erbarmen in die Höhe.

Darunter fällt nun laut Pressestimmen auch die Tabaksteuer, was zur Folge hat, dass in den kommenden Jahren einige Tabakprodukte deutlich teurer werden.

Seit dem 1. Januar 2022 ist in Deutschland eine erhöhte Tabaksteuer wirksam, was die erste Preiserhöhung seit 2015 darstellt. Beschlossen wurde dies – neben einem Tabakmodernisierungsgesetz – schon im vergangenen Sommer. Betroffen sind von der Tabaksteuer-Reform Millionen Deutsche.

Es wird geschätzt, dass ungefähr jeder vierte Erwachsene regelmäßig raucht. Der Anstieg der Steuer wird sich letztlich deutlich auf deren finanzielle Situation auswirken.

7,70 Euro pro Zigarettenpackung bis 2026: Wer kann sich das Rauchen noch leisten?

Konkret werden Zigaretten in diesem Jahr im Durchschnitt 10 Cent mehr kosten, doch das ist noch lange nicht das Ende der Fahnenstange.
2023 wird es zu einem abermaligen Anstieg um 10 Cent kommen, 2025 und 2026 werden jeweils erneut 15 Cent aufgeschlagen. Im Jahr 2026 könnte somit eine Zigarettenpackung unglaubliche 7,70 Euro kosten!

Blickt man in die Vergangenheit, werden diese Preise noch irrationaler: 2011 mussten Raucher durchschnittlich 4,90 Euro aufwenden, im Jahre 2002 sogar nur 3 Euro. Rauchen wird zum Luxus.

Darunter fällt im Übrigen nicht nur das Konsumieren klassischer Zigaretten. Des Weiteren wurde zum 1. Januar die Besteuerung von Feinschnitt, Wasserpfeifentabak für Shishas sowie Sticks für Tabakerhitzer angehoben.

Im Sommer kommt es dann ebenso für die Konsumenten von E-Zigaretten knüppeldick:

Ab dem 1. Juli 2022 wird auch eine Steuer für die benötigten Liquids fällig. Diese soll erst mal 16 Cent pro Milliliter Inhalt betragen, bis zum Jahr 2026 dann voraussichtlich 32 Cent pro Milliliter.

Doch das ist immer noch nicht alles: Hinzu kommt das sogenannte Tabakwerbeverbot, das schrittweise eingeführt wird.

Ab sofort betrifft das herkömmliche Tabakprodukte. In den folgenden Jahren darf dazu nicht mehr für Tabakerhitzer (ab 2023) sowie E-Zigaretten (ab 2024) geworben werden.

Tabaksteuererhöhung: Freiheit und Entlastung der Bürger geht anders!

Es gibt zwei wesentliche Ursachen für die Steuererhöhung der Tabakprodukte: Zum einen das Verständnis, dass es dem Staat zusteht, die Bürger aufgrund gewisser Gesundheitsrisiken (z.B. für Krebs) zu gängeln, anstatt sie frei darüber entscheiden zu lassen, wie sie mit ihrem eigenen Körper umgehen.
Und zum anderen, um sich die eigenen Taschen vollzustopfen. Denn die Bundesregierung selbst begründet die Erhöhung mit Veränderungen im Konsumverhalten der Deutschen, weshalb sich der Absatz von Tabakwaren reduzierte. In den letzten Jahren stellte die Tabaksteuer eine wichtige Einnahmequelle für den Staat dar: 2020 waren es 14,7 Milliarden Euro. Einer Finanzprognose nach wird der Fiskus bis 2026 14,4 Milliarden Euro mehr erhalten als ohne Steuerreform. Geld, das Rauchern zusätzlich weggenommen wird.
Die Debatte um die Tabaksteuerreform verdeutlicht in jedem Fall, dass die Altparteien nicht viel für das Freiheitsverständnis der AfD sowie für die Entlastung der steuerzahlenden Bürger unseres Landes übrig haben.

EU-Verbot von Tattoo-Farben

Trotz der Beliebtheit von bunten Tattoos hat die EU zum Jahreswechsel die Verwendung einiger Tattoo-Farben verboten.

Der Grund der Verordnung liegt in giftigen Substanzen, die Bestandteil der aus dem Verkehr gezogenen Farben sein sollen. Für viele Vertreter der Tattoo-Branche könnte das aufgrund der finanziellen Corona-Einbußen das Aus bedeuten.

Schuld daran ist die sogenannte REACH-Verordnung der Europäischen Union, die Tausende Substanzen und Chemikalien, die auch in Tattoo-Farben enthalten sind, seit dem 4. Januar 2022 verbannt.

Begründet wird dieser Schritt damit, dass diese Substanzen nicht genügend erforscht oder möglicherweise gefährlich seien.

Auf der entsprechenden EU-Seite heißt es dazu: „Die REACH-Verordnung [wurde erlassen], um den Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt vor den Risiken, die durch Chemikalien entstehen können, zu verbessern und zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der chemischen Industrie der EU zu erhöhen."
Konkret handelt es sich dabei um Binde- und Konservierungsmittel.

EU befürchtet allergische Reaktionen und Krebs

Befürchtet wird seitens der EU, dass allergische Reaktionen erzeugt werden könnten. Zudem werden ab 2023 die Pigmente Blau 15:3 und Grün 7 verboten, da sie eventuell krebserregend sein könnten.

Das wird dazu führen, dass mit den aktuell verfügbaren Farben keine neuen bunten Tattoos mehr gestochen werden können. Übrig bleiben auf dem deutschen Markt die „Farben“ Schwarz, Weiß und Grau.

Zustimmung kommt von dem Münchner Dermatologen Christoph Liebich. Dieser weist neben dem allgemeinen gesundheitlichen Risiko ebenso darauf hin, dass einige Tattoo-Farben nicht in klinischen Studien untersucht wurden.

Außerdem rechnet Daniel Rust, Vorstandsmitglied des Bundesverbands Tattoo, damit, dass die bunten Tattoos zurückkehren, da die Hersteller nach einiger Zeit neue, den Anforderungen entsprechende Farben entwickeln werden.

Frustrierte Tätowierer äußern Unverständnis und finanzielle Sorgen

Doch auf der anderen Seite herrscht bei der Tattoo-Branche Frust und Unverständnis über die Entscheidung. Der Hamburger Tätowierer Sebastian Makowski beispielsweise geht davon aus, dass er aufgrund der Verordnung ein Drittel seiner Kundschaft verlieren könnte und ergänzt: „Das kommt ja zumindest teilweise einem Berufsverbot gleich. Das ist einfach frustrierend.“

Auch Nick Kater, Tätowierer aus Berlin, findet deutliche Worte: „Es macht überhaupt keinen Sinn, jetzt neue Farben auf den Markt zu bringen, die potenziell neue Gefahren bergen.“ Zudem gebe es laut ihm keine bestätigten Fälle von Krebserkrankungen in Folge von Tätowierungen.

Das Bundesinstitut für Risikobewertung in Berlin (BfR) fordert diesbezüglich eine bessere Datenlage und kritisiert das Verbot der beiden Pigmente, „weil die derzeit verfügbaren Daten nur auf eine vergleichsweise geringe Toxizität hindeuten“.

Kater weist darüber hinaus darauf hin, dass das Entsorgen der gekauften Farben für Tätowierer eine erhebliche finanzielle Belastung ist. Hinzu kommt die Beschaffung von REACH-konformen Produkten: Beim Kauf einer Flasche Farbe müsse man durchschnittlich 20-30 Euro einkalkulieren. Insgesamt könne „das schon in die Zehntausende gehen“, so der Tätowierer.

Auch Wolfgang Bäumler, Tattoo-Experte am Universitätsklinikum Regensburg und Professor für experimentelle Dermatologie befürchtet ferner, „dass unter der neuen Verordnung im Januar unter Tätowierern ein Stück weit das Chaos ausbricht.“

Denn die Neuentwicklung von Tattoo-Farben stelle sich aufgrund eines komplexen Anforderungskatalogs als herausfordernd dar.

Rust: Kunden werden durch die EU entmündigt

Der bereits erwähnte Rust vom Bundesverband spricht einen weiteren sehr wichtigen Punkt an: Die EU-Verordnung entmündige die Kundschaft, selbst über ihren Körperschmuck zu entscheiden. Zudem hätten die Kunden vor jeder Tätowierung einen mehrseitigen Aufklärungsbogen auszufüllen. Was er meint:
Den Menschen, die ein buntes Tattoo auf der Art tragen möchten, wird durch die EU die Möglichkeit genommen, eine eigene Risikoabwägung vorzunehmen.

Schlussendlich bleiben genervte Kunden und frustrierte Tätowierer zurück. Sinnbildlich sagt Sebastian Makowski:
„Die Zukunftsängste werden nicht weniger.“ Er dürfte damit einer Vielzahl an Berufskollegen aus dem Herzen sprechen. Doch die EU-Verantwortlichen aus dem Brüsseler Elfenbeinturm haben die Sorgen und Nöte des einzelnen Bürgers schon lange aus dem Blick verloren.

Rezension: Hamsterland-Comics

„Wir sind die Borg. Widerstand ist zwecklos!“,

das scheint die Botschaft zu sein, die normalen Bürgern angesichts des immer absurderen und durchpolitisierten Angebots an Filmen und Büchern entgegenspringt.

Dass gute Unterhaltung für Jung und Alt aber auch ohne linken Tugendterror möglich ist, das beweist der Dresdner Verlag „Hydra Comics“ mit seiner Reihe „Legenden aus Hamsterland“.

Bereits im letzten Jahr gelang dem patriotischen Verlag ein Überraschungserfolg mit dem ersten Teil der Reihe: Legenden aus Hamsterland – Der Wille des Fürsten.

Nun erschien bereits der zweite Band. Die ursprünglich aus der Ukraine stammende Serie erscheint bei „Hydra Comics“ erstmalig und exklusiv in komplett übersetzter deutscher Ausgabe und komplett in Farbe.

Erzählt wird die Geschichte tapferer Hamster, die nach einer großen Katastrophe in der Welt der Menschen Zuflucht in den Wäldern suchten, und dort eine neue Zivilisation aufgebaut haben: das Hamsterland.

Doch auch diese Heimat will von den wackeren Hamstern beschützt werden. Gemeinsam streiten sie für ihre Tradition und meistern aufregende Abenteuer, um das Erbe der neuen Hamsterheimat für die nachfolgenden Generationen zu erhalten.

Vorgestellt werden diese Abenteuer in Form einer liebevoll gezeichneten Bildergeschichte. Deren Kniff: Ältere Leser – oder erwachsene Vorleser - können sich eine zweite Ebene erschließen und durch historische Parallelen mehr zur Geschichte der Ukraine erfahren.

Insbesondere der zweite Teil führt die mutigen Hamster an zahlreiche originale Schauplätze, zu den Wikingern, zur Kiewer Rus und in das sagenumwobene Gelände des berüchtigten Atomkraftwerks von Tschernobyl.

Wer auf der Suche nach einem modernen Kinderbuch für Kinder ab 6 Jahren ist, das ohne Gender-Ideologie, Multikulti-Propaganda oder sonstigen Irrsinn auskommt, dafür aber mit viel europäischer Kultur aufwartet, der wird in Hamsterland fündig werden. Allein hierin besteht bereits der Verdienst des jungen Verlages, den derzeitigen Machwerken der Kinder- und Jugendliteratur eine mutige Alternative entgegenzustellen, die Jung und Alt eine spannende Abenteuergeschichte bietet.

Denn eines ist klar: Auch wenn die Borg längst da sind, ist Widerstand niemals zwecklos! Beide Teile können direkt beim Verlag oder über den Großhandel bestellt werden.

Legenden aus Hamsterland #1 –
Der Wille des Fürsten.

40 Seiten, Hardcover.
ISBN: 978-3-9822671-1-1 , 14,00€.

Legenden aus Hamsterland # 2 –
Die Ruinen des Riesenreichs.

60 Seiten, Hardcover.
ISBN: 978-3-9822671-3-5, 16,00€.

www.hydra-comics.de

ZENTRUM RHEINHESSEN

„Was dem Einzelnen nicht möglich ist, das vermögen viele.“

- Friedrich Wilhelm Raiffeisen -

Schon seit geraumer Zeit tragen sich führende Personen der AfD Mainz und Mainz-Bingen, aber auch konservative Köpfe jenseits der Partei, mit dem Gedanken einen nonkonformen Anlaufpunkt in Rheinhessen zu schaffen. Einen Anlaufpunkt, der Veranstaltungen ermöglicht, der ein Hort der freien Meinung ist und bleibt und der jedem Gleichgesinnten offen steht.

Nach langer und intensiver Suche ist es uns nun gelungen, einen hervorragenden Ort zu finden und ein weiteres patriotisches Projekt in Rheinhessen zu starten, das seinesgleichen sucht:

Das „Zentrum Rheinhessen“ ist da!

Was für den Einzelnen finanziell und organisatorisch nicht machbar ist, schaffen wir durch eine gemeinsame Kraftanstrengung von vielen! Wir wollen die Ideenvielfalt bündeln und so dieses Projekt immer wieder mit Leben füllen.

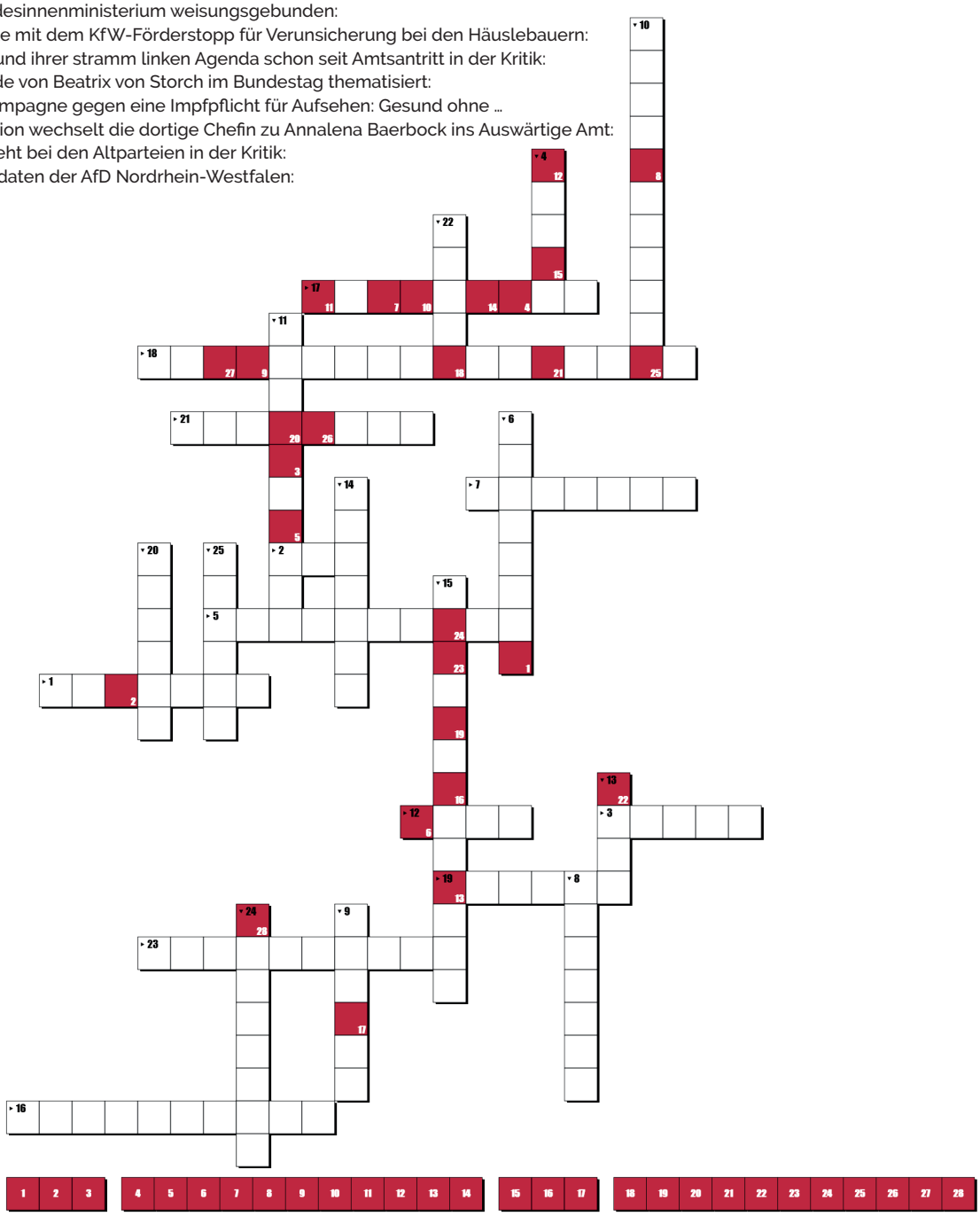
Regelmäßige Thekenabende in der Bar, monatliche Themenabende, Historikervorträge, Schulungen, Frauencafés sowie Bürgergespräche.
All das ist erst der Anfang und wir freuen uns auf viele weitere Veranstaltungsideen und Formate, die Ihnen gerade in den Kopf kommen!

Unser Zentrum ist Büro, Treffpunkt und Freiraum für patriotische Köpfe und freut sich auf Ihren Besuch: melden Sie sich einfach unter:

info@zentrum-rheinhessen.de

Kreuzworträtsel

1. Diese Ex-Bundesfamilienministerin musste nach etlichen Skandalen ihren Posten räumen:
2. Im Bundestag zur Aussprache kam das Thema Anne Spiegel Dank der Fraktion der:
3. In welchem Monat des Jahres 2013 fand der Gründungsparteitag der AfD statt?
4. Der innenpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion heißt?
5. Eine Extremistengruppe sorgte mit Autobahnblockaden für Schlagzeilen. Sie nennt sich „Letzte …
6. Als einzige kleinere Partei zog die AfD in diesem Bundesland in den Landtag ein:
7. Die Parlamentarischen Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion heißen: Brandner, Frömming, Komning und …
8. In dieser Stadt in der Lausitz möchte die AfD im September 2022 das Rathaus erobern.
9. Diese junge Grünen-Abgeordnete sorgte mit einer skurrilen Corona-Rede für Aufsehen:
10. Im Bundestag scheiterte jüngst ein entscheidender Antrag für über 60-Jährige. Um was ging es bei dem Antrag?
11. Diese Grünen-Politikerin sprach sich explizit gegen eine AKW-Verlängerung aus:
12. Die neue Bundesfamilienministerin heißt Lisa…
13. „15 Grad in der Wohnung sind zumutbar", sagt der Landwirtschaftsminister Baden-Württembergs. Wie heißt er?
14. Welches Pharmaunternehmen machte im Jahr 2021 satte 12 Milliarden Euro, nachdem es über fast zehn Jahre nur Verluste zu verzeichnen hatte?
15. Die letzten Landtagswahlen des Jahres 2022 finden statt in…?
16. Mit diesem Vorhaben wollte Christian Lindner gegen die hohen Spritpreise vorgehen:
17. Die … stieg im April auf über 7,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat.
18. Diese Behörde ist dem Bundesinnenministerium weisungsgebunden:
19. Dieser Bundesminister sorgte mit dem KfW-Förderstopp für Verunsicherung bei den Häuslebauern:
20. Diese Ministerin steht aufgrund ihrer stramm linken Agenda schon seit Amtsantritt in der Kritik:
21. Dieser Grünen-Politiker wurde von Beatrix von Storch im Bundestag thematisiert:
22. Die AfD sorgte mit dieser Kampagne gegen eine Impfpflicht für Aufsehen: Gesund ohne …
23. Aus dieser Umweltorganisation wechselt die dortige Chefin zu Annalena Baerbock ins Auswärtige Amt:
24. Dieser Messenger-Dienst steht bei den Altparteien in der Kritik:
25. Der Name des Spitzenkandidaten der AfD Nordrhein-Westfalen:



Lösungen: 1. SPIEGEL, 2. AfD, 3. APRIL, 4. CURIO, 5. GENERATION, 6. SAARLAND, 7. BAUMANN, 8. COTTBUS, 9. FESTER, 10. IMPFPFLICHT 11. HASSELMANN, 12. PAUS, 13. HAUK, 14. MODERNA, 15. NIEDERSACHSEN, 16. TANKRABATT, 17. INFLATION, 18. VERFASSUNGSSCHUTZ , 19. HABECK, 20. FAESER, 21. GANSERER, 22. ZWANG, 23. GREENPEACE, 24. TELEGRAM, 25. WAGNER

Kontakt & Info

Meine Arbeit vor Ort

Neben meiner Tätigkeit als Abgeordneter in Berlin versuche ich natürlich auch so oft wie möglich in meinem Wahlkreis Mainz und ganz Rheinland-Pfalz zu sein, um mein Ohr stets beim Bürger vor Ort zu haben. Als „Exilpfälzer" unterhalte ich bisher ein Abgeordnetenbüro in Pirmasens, ein weiteres Büro im Zentrum Rheinhessen in Mainz.

Sie erreichen mein Wahlkreisbüro in Pirmasens unter folgender Adresse:

Abgeordnetenbüro Sebastian Münzenmaier
Kaiserstraße 2a
66955 Pirmasens
sebastian.muenzenmaier.ma04@bundestag.de

Gerne können Sie mit meinem Büroleiter in Pirmasens, Herrn Ferdinand Weber, Sprechstundentermine unter oben genannter E-Mail-Adresse vereinbaren – wir freuen uns auf Sie und Ihre Ideen!

Kontakt für Mainz und Umgebung:

Natürlich stehe ich Ihnen auch in Mainz und Umgebung für Bürgersprechstunden, Anregungen und Ideen zur Verfügung, bitte vereinbaren Sie mit Herrn Stephan Stritter unter: **sebastian.muenzenmaier.ma03@bundestag.de** einen Termin.

IMPRESSUM:

Herausgeber und V.i.S.d.P.:
Sebastian Münzenmaier,
Mitglied des Bundestages
Platz der Republik 1
D-11011 Berlin

Druck & Verlag:
Eigenverlag (E.i.S.)
Sebastian Münzenmaier
Platz der Republik 1
D-11011 Berlin

www.muenzenmaiers-magazin.de